

Drucksache

der vernetzenden Organisation

No. 5, April 2010

INHALT

Editorial

Was wir wollen

(Aus dem Selbstverständnis der VO)

WAS WAR:

Auch wir stecken in mehreren Sackgassen 4

Nachtrag zu Kopenhagen: Mängel in der Kommunikationsstruktur und Aktionsform

The first Kick is for free ... 6

Letter from Tash and Noah 6

„Bildungsstreik“ in Hannover 8

Bericht und Ansatz einer Analyse

Die Revolution auf dem Bürgersteig 13

Gedanken zum Bildungsprotest im Winter 2009

WAS IST / DEBATTE:

Bremen, internationale Drehscheibe für Atomtransporte 17

Vorläufiges Selbstverständnis der Autonomen Vollversammlung Bremen 19

Diskussionspapier für einen neuen Aufbruch in die Fröste der Freiheit 19

Thesen zu den Bildungsprotesten 2009 / 2010 25

Warum WIDERSTAND WIRKT - ODER FÜR MEHR SACHZWANGSCHÄDEN ... 27

Das GWB trotz dem Bagger

WAS KOMMT:

Kritische Lehrer_innen als Buch 28

Habt ihr noch Helme im Keller? 29

Bremen 2010: Von militanten Aufbrüchen und antimilitaristischem Widerstand

- Ein Rückblick, um wieder nach vorne zu schauen.

KOSTENLOS

Editorial

Liebe_r Leser_in,

die Drucksache wird auch immer älter. Mittlerweile schafft sie es auf eine geschwungene „5“ vor der Ausgabe. Dass dieses zunehmende Alter uns eher erfreut als erzürnt wie der einleitende Satz vermuten ließe, resultiert daraus, dass fünf -unregelmäßige- Ausgaben doch von einer gewissen Regelmäßigkeit der VO-Aktivitäten zeugen.

So werden auch mit dieser Ausgabe wieder Texte veröffentlicht, die entweder direkt aus dem Umfeld der Vernetzenden Organisation stammen, oder aber Texte sind, die ,zu was auch immer, wie auch immer interessierten.

Einige Artikel der fünften Ausgabe sind entweder für, während oder im Anschluss an das einwöchige VO-Seminar „Linksradikale Organisation und Intervention (nicht nur) an Hochschulen“ auf der nur einen Blumenstraußwurf vom Harz entfernten Burg Lutter entstanden.

Diese Drucksache enthüllt unter anderem inhaltlich Themen wider, die auch von den dort beteiligten Gruppen sowie Einzelpersonen während der Seminarwoche teils kontrovers diskutiert wurden.

In diesem Sinne, Nummer 5 lebt!

viel Spass beim Lesen und Leben,

AK GedruckteSache

1.Auflage: 500 Stück

Die Drucksache ist kostenlos !

Kontakt: vo.bildung-schadet-nicht.de
drucksache@vo.bildung-schadet-nicht.de

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Drucksache solange Eigentum des Absenders, bis sie dem_der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Drucksache nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit Angabe von Gründen zurückzusenden.

Was wir wollen

(aus dem Selbstverständnis der VO)

Wir wollen die Beschränkung der politischen Kämpfe im Bildungsbereich auf – der direkten persönlichen Betroffenheit geschuldeten – Abwehrkämpfe überwinden und wieder offensiv für freie Bildung und ein besseres Leben streiten. Die VO soll dabei den Raum und den Rahmen einer freiwilligen, aber von uns als notwendig erachteten, selbstorganisierten, überregionalen Zusammenkunft darstellen. Auf diese Weise soll die Bedeutung und Handlungsfähigkeit kritischer und emanzipatorischer Politikansätze im Bildungsbereich und darüber hinaus gestärkt werden.

Die VO ist deshalb offen für alle bewegungsorientiert, basisdemokratisch, undogmatisch und emanzipatorisch arbeitenden Gruppen und Einzelpersonen, die unter anderem bildungspolitisch arbeiten, oder Bildungseinrichtungen als einen Ort ihrer politischen Praxis begreifen. Die Wahl dieses gesellschaftlichen Aktionsraumes ist für uns auch eine politisch strategische Überzeugung, wie gegenwärtig gesellschaftliche Veränderungen vorangetrieben werden können.

Als Ort der Selbstorganisation zwischen lokalen Gruppen stellt die VO keine eigenständig politisch in Erscheinung tretende Einheit dar; sie ist also kein Verband. Einzelpersonen, die mit der VO und ihrem Selbstverständnis sympathisieren, sind immer willkommen, aber gleichzeitig aufgerufen sich lokal in ihrem direkten Lebensumfeld zu organisieren.

Über den Austausch und die Verbindung unserer lokalen Kämpfe, unserer Analysen und unseres Tatendrangs wollen wir mit der Hilfe gemeinsamer Strategien und Handlungsansätze Alternativen zur Ökonomisierung aller Lebensbereiche stärker zu Tage treten lassen. Anspruch der VO ist es nicht, situative Zusammenschlüsse für einzelne Aktionen herzustellen, oder immer nur denen Gehör zu verschaffen, die gerade auf der Suche nach Verbündeten für ihre eigenen partikularen Zielsetzungen sind. Unser Anspruch liegt vielmehr in der kontinuierlichen und umfassenden Delegitimierung der herrschenden

Verhältnisse mit Hilfe von gemeinsam gefassten Gedanken, gemeinsam entworfenen Handlungsoptionen und dem Austausch mit anderen Teilen sozialer Bewegungen.

Ausgangspunkt für unsere gemeinsame Sache ist dabei die sich der herrschenden kapitalistischen, patriarchalen und rassistischen, etc. Logik entziehende Utopie einer herrschaftsfreien Gesellschaft. Sie beinhaltet eine radikale Kritik des institutionalisierten Bildungssystems und der gesellschaftlich herrschenden Verhältnisse, die nicht voneinander zu trennen sind. Diese Utopie wollen wir, wo immer sie konkretisierbar ist, nicht nur theoretischen Traum bleiben lassen, sondern auch in Form von selbstorganisierten und selbstbestimmten Freiräumen praktisch werden lassen und (er)lebbar machen.

Wie wir uns die Arbeit konkret vorstellen, kannst du im Selbstverständnis der VO nachlesen: vo.bildung-schadet-nicht.de

Auch wir stecken in mehreren Sackgassen

Nachtrag zu Kopenhagen: Mängel in der Kommunikationsstruktur und Aktionsform

In der letzten Ausgabe des ak standen einige Einschätzungen zu Kopenhagen, die von der „Saat für eine neue Klimagerechtigkeitsbewegung“ (Alexis&Tadzio) sprechen und besonders den Ansatz von reclaim power verteidigen, womit eine „neue Art der Zusammenarbeit von innen und aussen in transnationalen Politikprozessen“ gefeiert wird. Auch ‚avanti‘ lobt den reclaim power tag und schiebt das Scheitern der „Unorganisiertheit der Szene samt der innewohnenden Mobilisierungsschwäche“ zu, relativiert diese Einschätzung aber zugleich wegen des „völlig entfesselten Polizeistaats“ in Kopenhagen.

Beiden Einschätzungen will ich widersprechen, weil sie die Tiefe unserer eigenen Krise eher zudecken als aufhellen. Und mit „uns“ meine ich sowohl die Linksradikalen, den antikapitalistischen Block wie das Climate justice now-Bündnis.

Wir stecken in mehreren politischen Sackgassen:

1. Fangen wir mit den Aktionsformen an. Hier existiert in der globalisierungskritischen Bewegung eine nicht hinterfragbare Doktrin der „gewaltfreien Aktion“ (gA). Die ist seit Jahren der gemeinsame Nenner bei allen globalen events. Tatsächlich ist es eine politische Sackgassenhandlungstechnik, nämlich vor allem dann, wenn die Bullen das Spiel nicht mitmachen: Siehe die Samstagdemo, als das Vorgehen der Bullen überhaupt nicht in der Demo kommuniziert wurde und die Demo einfach weiterlief, obwohl hinten schon hunderte auf der kalten Straße saßen. Und bei der Sonntagsdemo griffen die Bullen wieder zu derselben Taktik, vorher waren im Gegensatz zu den 10 Steinen auf die Börse bei der Großdemo überhaupt keine Klamotten geflogen. Der Mittwoch mit der reclaim power-Aktion krankte an der fatalen Aufteilung zwischen den sogenannten „Gewaltfreien“ des blauen Blocks (der doch bemerkenswert mutig und entschieden in seinem Auftreten war) und des grünen Blocks, die sofort und direkt durchmarschieren wollten, egal ob da Bullenkettchen stehen oder nicht. Hier wurde - und das war nach den Bullenübergriffen

der Vortage einfach unverzeihlich - nicht die Taktik geändert, sondern an der Blockaufteilung zwischen „Friedlichen“ und „Militanten“ festgehalten – ein glattes Eigentor!

So macht mensch sich völlig abhängig von dem Goodwill der Bullen: Wenn die wollen, hauen die trotzdem drauf.

2. Nach vielen heißen und langjährigen Debatten im Brokdorf- und Gorlebenwiderstand ist die Lernerfahrung, sich der von Staat, Medien und Bullen immer wieder geforderten Aufteilung in gut und böse, in friedlich und militant zu widersetzen. Die Parole „gewaltfrei oder militant – wichtig ist der Widerstand“ fasst diesen kollektiven Lernprozess aus 30 Jahre Widerstand in Brokdorf und im Wendland ganz gut zusammen.

Aber auch politisch-ideologisch ist die Doktrin der gA eine Sackgasse: Es wird nicht zwischen struktureller Gewalt bzw. Gewalt „von oben“ sowie der Gewalt, die befreiende Ziele hat und sich gegen strukturelle Gewalt richtet, unterschieden. Die Positionen gewaltfreier Ideologen sind z.B. im Fall von Kriegen, in Diktaturen oder krasser, direkter Unterdrückung geradezu selbstmörderisch. Schon in unserem politischen Alltag sind sie nicht durchhaltbar, siehe z.B. das Abwehren sexistischer oder rassistischer Gewalt. Weil die AnhängerInnen der gA beim Begriff Gewalt nicht bereit zu differenzieren und das dialektisch zu begreifen, werden sie gewollt oder ungewollt zu ideologischen Hilfstruppen des Staates, der nicht mehr um die Legitimation seiner Gewalt kämpfen muss - er hat ja das legitimierte Gewaltmonopol. Zudem: Wenn Gewalt in jeder Form gleich bewertet wird, gibt es auch keine Grundlage mehr zu unterscheiden zwischen Angriff und Verteidigung, Aggression und Notwehr. Letztendlich ist das die politische Bankrotterklärung für einen antagonistischen Widerstand.

3. Die gA kann nur eine punktuelle und taktische Haltung sein. Sie keine allgemeingültige Rezeptur für unseren Kampf gegen Herrschaft und für Solidarität und Befreiung. Für die Anhänger der Doktrin der gA symbolisiert sie eine ideologisch-moralische

Haltung. In der westdeutschen Friedensbewegung wurde dafür immer das Beispiel des gewaltfreien Widerstand von Ghandi angeführt. Das ist aber nur ein Teil der Wahrheit, entscheidend für den Rückzug der britischen Kolonialmacht am Ende des 2. Weltkriegs war einfach die drohende Pleite des Empire und die Ablösung des britischen Weltreichs durch die USA. Die Ideologie der gA hat bei vielen AnhängerInnen nur eine kurze Lebenszeit. So haben die ehemals gewaltfreien ‚Grünen‘ nur ein paar Jahre an der Doktrin der gA festgehalten und im Kosovokrieg sich sehr schnell von der gA verabschiedet und der staatlich-militärischen Macht sich bedient.

Das Konzept des ‚zivilen Ungehorsams‘ hilft auch nicht viel weiter, denn auch dieser legt sich auf ein bestimmtes Aktionsformenspektrum fest, unterwirft sich der staatlichen Gewaltdefinition und bleibt somit für den politischen und polizeilichen Gegner berechenbar. Auch das Recht auf Widerstand, abgeleitet aus dem 20.4 GG (nebenbei erst im Zuge der Verabschiedung der Notstandsgesetze eingeführt), führt nicht weiter, weil es macht sich absolut abhängig von dem juristischen Jawort und wir wissen wie es um die Unabhängigkeit der Justiz in der politischen Realität der BRD steht. Außerdem schafft sich jeder bürgerliche Staat ein Recht auf den Ausnahmezustand und kann damit essentielle Grundrechte außer Kraft setzen, dann wäre die Berufung auf die Legalität auch dieser Aktionsform schnell am Ende.

Um nicht mißverstanden zu werden, ich plädiere keinesfalls für eine generelle Absage an die gA: Es kann es durchaus politische Situationen geben, wo die vorher vereinbarte Festlegung auf gA (wie bei manchen Blockaden von Faschoaufmärschen z.B.) durchaus sinnvoll ist.

Wie bei der Doktrin der gA ist auch bei militanten Aktionsformen die Berechenbarkeit das fundamentale Manko. Bis hin zur äußeren Erkennbarkeit des schwarzen Blocks, die Vor- und Nachteile hat: sie erlaubt das Untertauchen in der Masse, ermöglicht aber den Bullen zugleich die klare Erkennbarkeit der vermeintlichen Störenfriede. In Kopenhagen sind der antikapitalistische Block und damit

die Autonomen aus verschiedenen Gründen gescheitert; vor allem wenn mensch vorher den vollmundigen Aufruf für Kopenhagen gelesen hat, war Kopenhagen ein Desaster.

4. Was ist daraus die Konsequenz? Das ‚Recht auf Widerstand‘, was sich nicht auf die herrschende Legalität beruft und das staatliche Gewaltmonopol ablehnt; es lässt die notwendige Vielfältigkeit in den Aktionsformen eher zu.

5. Was können wir weiter aus Kopenhagen lernen? Wir sollten uns viel stärker bemühen (und das gilt für alle Gruppen, sowohl die Linksradiakalen von Autonomen über Avanti



Team Blue rückt vor um die „Reclaim Power“ Aktion zu beenden.

bis zu climate justice now) die Bündnisfähigkeit solange wie möglich zu bewahren. Die gegenseitige Abgrenzerei vor und in Kopenhagen war da nicht förderlich. Im Gegenteil durch den langatmigen und nur von wenigen kontinuierlich mitgestalteten Vorbereitungsprozess bildeten sich in-groups und informelle Hierarchien, die dann in Kopenhagen auch nicht mehr transparent wurden.

6. Wir sollten so lange wie möglich nach außen unberechenbar bleiben. Aber anders nach innen: da sollte so viel Berechenbarkeit wie möglich hergestellt werden, also Absprache über die Palette der zum Einsatz kommenden möglichen Aktionsformen und Offenheit und Kontrollierbarkeit möglichst für alle Beteiligten darüber – und genau daran mangelte es fundamental in Kopenhagen: Die Choreografie der Aktionstage war völlig festgezurrert bevor der erste Demonstrant in Kopenhagen eintraf! Es gab keinen Ort, wo Einfluss auf den Entscheidungsprozess genommen und über das wo, wann, wie der nächsten Aktionen debattiert werden konnte. Das starre Festhalten am einmal beschlossenen Aktionskonzept fiel uns allen auf die Füße. Schon nach der Samstagsdemo hätte die Hafensperre entweder völlig anders

gestaltet werden müssen oder in der Form abgesagt werden müssen. Auch das veröffentlichte Vorbereitungskonzept für den Mittwoch lies ziemlich schnell erkennen, wer im grünen Block zum bella center geht, nämlich die Militanten, und auf die haben sich dann die Bullen gestürzt und nahezu alle hops genommen. Das war nach den Massenfestnahmen von Samstag und Sonntag einfach äußerst dämlich. Warum konnte das vorbereitete Konzept nicht mehr überarbeitet werden?

Darüber hinaus gab es auch ein fragwürdiges Verhalten der Sprecher von climate justice now, die sehr wohl eine Machtfunktion hatten, darüber aber offenbar keine Sensibilität zeigten (auch im Nachhinein nicht lieber Tadzio, wie du im ak-interview noch mal bestätigt hast), sondern sich noch im Scheinwerferlicht der vermeintlichen Stars (siehe die Cristiana-Veranstaltung von Montagabend, wo Naomi Klein und Tadjoo auf die Einhaltung der Gewaltfreiheit – bei bis dahin hin schon über 1000 Gefangenen seitens der gewalttätigen Bullen – pochten), sonnten und überhaupt keinen Spielraum für andere Aktionsformen zuließen. Nach wie vor sollte unter uns gelten: wir haben keine Anführer_innen, wenn dann nur welche auf Zeit – und deshalb sind und bleiben wir alle verantwortlich für die Sachen, die laufen oder eben auch mal schief gehen! (Damit soll nicht gesagt werden, dass es auch jeweils eine individuelle Verantwortlichkeit für das jeweilige Tun gibt, aber eine der Stärken der undogmatischen Bewegung seit 40 Jahren ist eben, dass sie keine parteiförmige Organisation mit Führer_innen und Geführten ist!)

7. Die Festlegung auf gA ist auch dem schwerfälligen Konsensprozess – aus dem dann in Kopenhagen ein richtiger (Herrschafts-) Apparat wurde – geschuldet. Auf globaler Ebene kann es nahezu gar nicht anders sein, wenn mensch sich mit NGO's aus allen Kontinenten an einen Tisch setzt und völlig unterschiedliche politische Erfahrungen und Kulturen aufeinander treffen.

Das Konsensprinzip kann nur in relativ homogenen Gruppen ohne schwerwiegende Interessensgegensätze ein Mittel herrschaftsfreier Meinungsbildung sein. Wenn diese Voraussetzung nicht gegeben ist, wird das Konsensprinzip schnell zu einem Herr-

schaftsinstrument für die durchsetzungstärksten Gruppen.

Der politische Prozess zwischen den Vorbereitungsgruppen und den angereisten Aktivist_innen scheiterte in Kopenhagen aber vor allem, weil es nirgendwo einen Ort gab, wo die Aktivist_innen zusammenkommen konnten, miteinander sich austauschen, debattieren, die Ereignisse reflektieren und neu planen konnten. Ich führe nur als ein Beispiel das 1400 Leute-Fabriklager hinter dem Kohlekraftwerk an. Dort war es bitterkalt, es gab keinen Versammlungsraum, nur drei Klöße und drei Sofas! Ein Ort zum Weglaufen

8. Fazit: Kopenhagen war – bei der durch die Polizei und Stadtregierung vorgegebenen für uns sehr feindlichen Infrastruktur und dem unwirtlichen Wetter – von vornherein ein Ort des Scheiterns! Die fundamentale Voraussetzung für uns und gelungene Aktionen ist, Orte zu haben, wo wir zusammenkommen können, wo wir gemeinsam die von der Vorbereitungsgruppe ausgearbeiteten Aktionsvorschläge beraten können (siehe als gutes Beispiel Prag 2000; schon in Genua ein Jahr danach war das nicht mehr vorhanden).

9. Eine weitere Lehre ist, auf global ausgehandelte Absprachen zukünftig zu verzichten, weil da können nur Minimalkonsense rauskommen, die allzu Viele in ihren Aktionsformen und – möglichkeiten eher behindern. Richtiger wäre es zukünftig, nur Vorschläge zu unterbreiten, deren detaillierte Ausarbeitung erst von den mobilisierten Aktivist_innen vor Ort vorgenommen wird (so ähnlich wie in den Camps von Reddell, Rostock und Kühlingsborn 2007).

10. Und last but not least: wo ist jemals in der Geschichte der Kapitalismus und sein hochgerüsteter militärischer Apparat allein durch gewaltfreie Sitzblockaden besiegt worden? Und an Naomi Klein gerichtet: Der Systemwandel muss erkämpft werden, mit einem hohen persönlichen Einsatz und Risiko, er wird kein Friedensfest sein, wo sich alle an die Hände fassen und „we shall overcome“ singen!

The first Kick is for free...

Christoph (Berlin)

Am 17. Februar 2009 wurde ich vom Kopenhagener Amtsgericht zu 30 Tagen auf Bewährung verurteilt. Mir wurde vorgeworfen, nach meiner präventiven am Rande des Klimagipfels am 16.12.09 im Gefangentransportbus zwei Polizisten getreten zu haben. Ein Polizist hatte seine Aussage dahingehend geändert, er habe mich beim zweiten und dritten Tritt, den er erhalten habe, gesehen. Für den ersten Tritt, den der Beamte erhalten haben will und für einen angeblichen Tritt gegen einen anderen Polizeibeamten wurde ich freigesprochen. Verurteilt wurde ich lediglich für den zweiten und dritten. Die Bewährungsfrist beträgt ein Jahr. Eine Ausweisung oder ein Einreiseverbot nach

Dänemark wurde nicht ausgesprochen. 25 Besucher_innen und Medienvertreter_innen wollten den Prozess mitverfolgen. Die Hälfte musste draußen bleiben und die Richter_inn räumte ein, dass das Gericht die Öffentlichkeit des Prozesses nicht in vollem Umfang garantieren könne.

Natürlich habe ich keine Aussage zu den Vorgängen gemacht. Es erschien mir als sicher, dass es nichts bringt, zu schildern, wie die politisch motivierte Polizeigewalt gegen uns aussah, und dass ich natürlich die Polizisten zur Seite gestoßen hatte, als diese sich anschickten in unserem Gefangenenbus T-52 Mitgefangene zu quälen. Nach wie vor würde

ich alles andere als unterlassene Hilfeleistung empfinden und stehe dazu, den beiden Bullen nicht alles durchgehen lassen zu haben. Mittlerweile gibt es auch zwei erste Zeugen, die gesehen haben, wie ich selbst in dem Bus von einem der beiden Polizisten mehrfach gewürgt worden bin, so dass eine Strafanzeige wegen Körperverletzung wahrscheinlicher wird. Bis Mitte Juni habe ich dazu noch Zeit. Seit April läuft auch die erste Anhörung zu der Massenklage von mehreren hundert Demonstrant_innen gegen die Polizeigewalt beim Kopenhagener Gipfel. Vorerst sind dafür 22 Anhörungstage vorgesehen.



Die Polizei patrouilliert auch auf dem Wasser fleißig.



Ein Trupp Schläger. Im Hintergrund führt ein zweiter Trupp Zivilpolizei gerade einen Demonstranten ab, der aus der Demo gezogen wurde.

Letter from Tash and Noah

Tash & Noah (Australien & USA)

Dear all,

First of all, Noah and I wanted to say a massive thank you for all the solidarity, the actions, articles, petitions and messages of care that have been organized in solidarity with our trial. Although we know that political repression of this sort targets all activists, it does feel very isolating being the people picked out and charged. Every single action of

solidarity has made this process easier for us and reminded us that we are not alone. So thank you!

We have had several victories, some beautiful court moments, and a very stressful week in court. Our case was extended for three more days- which will not happen until August. Noah and I are both sad that the trial is not over but relieved to ve not been judged yester-

day. I have included english versions of some of the danish press coverage on the case below to give you a better idea of what has been going on in our trial.

We were originally given two days in court for our trial (the tuesday and friday just passed). We had been charged with organizing violence against the police, gross public disorder, systematic destruction of property and gross disturbance of public infrastructure. Two of these are charges associated with danish terror laws. The police said that we did this from the period of october to december 2009 but that these things were mostly to be carried out in copenhagen during the period of the 11th to the 18th of December. They said that the alleged actions we are accused of mostly failed because the police managed to stop them- in part by arresting Noah on the 11th and me on the 13th of December and keeping us in prison for the rest of the COP (and three more weeks- just to be sure!).

On the morning of the first day in court our lawyers argued for the case to be dropped. They explained that charges in Denmark usually have to include some description of what people are accused of doing, including things like how they were doing it, where, when...anything really. They successfully removed one of the terror charges (gross disturbance of public infrastructure) and got the police prosecutor to admit that none of the things we were accused of had any relation to what happened on the streets in Copenhagen during the COP 15. So now we are just accused of attempting actions, not actually carrying anything out!

It was at this point that the police prosecutor introduced the crystal ball defense. No more details than "something bad was supposed to happen at some point somewhere in Copenhagen" could be supplied by the police because they couldn't look into their crystal ball when they charged us! In a spectacular display of confidence in the charges she then asked the court to note that she had not actually written them herself!

The court decided to continue with the rest of the charges regardless, but after two days in court I am wondering if they regret that decision. The 'evi-

dence' for the non-specific things we are accused of organizing is spurious at best and in the worst cases produced bursts of laughter from both judges and spectators in court. They have trucked out tiny bits of conversations from tapped phones between other people and asked us to interpret them, radically reinterpreted what we and others have said on the phone (from over three months of our private conversations that they recorded) to the point where even the judge objected. They used notes from brainstorming, scribbled notes from media report backs, and outlandish conjecture to try to demonize us.

My personal favorite is a note i made about big bolt cutters. Instead of asking to interview her during her three weeks in prison (although they said one of the reasons i was kept was for further investigation), they chose to leave until court to ask what was meant by this note in my confiscated personal note book. I explained that it was prop for a demonstration that was a huge two meter tall paper mache bolt cutter. It was to be used on the day of the climate no-borders day of action as both a humorous and serious



way to say it is illegitimate to cage human beings. The prosecutor tried to throw doubt on the honesty of my reply until two of the audience in court went to pick them up from a local social center and brought them in for the court to see. Everyone but the prosecutor laughed.

The state of the evidence would really be hilarious if the case didn't carry such serious consequences both for us personally and for Democracy in Denmark. We are the first of a series of cases against people accused of organizing. It seems that the Danish state is using us as a test case for new anti-activist laws they have passed, the extension of terror legislation to cover any form of political protest and to establish the ability to try people for things that never actually occurred.

Noah and I were both picked up and arrested on the side of the road while riding our bikes by ourselves, threatened, isolated and kept in prison for over three weeks of 'preventative detention'. The personal impacts of this have been huge. Even scarier though is the potential effect this has on everyone's ability to speak up about things they care about in Denmark. If they manage to criminalize protest to the extent that going to meetings, organizing speakers for a demonstration, or being a media spokes person can land you in jail, then what sort of world will we be living in? If they manage to say intense surveillance and monitoring of activists and their lovers and friends is legitimate, and arrests should be made on crystal ball suspicions of potential actions- then we have moved from even the sham of liberal democracy to a society more reminiscent of 1984 than any of us would like to admit.

It is clear also that this is not just happening in Denmark. Since our arrests we have heard of countless political prisoners facing the hard end of political repression. After our experience of injustice and repression in Denmark we feel very personally that it is so important that all of us speak out and not let this repression continue. Free all political prisoners, drop the charges for the Cop 15 defendants and all people arrested during the COP15, and end political repression NOW!!!

Love, solidarity and actions for a better world, tash and noah xo

„Bildungsstreik“ in Hannover

Bericht und Ansatz einer Analyse

Johannes (Hannover)

Vorweg

Dieser Text basiert auf vielen Gesprächen mit anderen an den Protesten Beteiligten, wurde aber noch nicht diskutiert. Er stellt also eine Einzelmeinung dar. Der Artikel schildert zuerst den Ablauf der Besetzung und begleitender Aktionen und versucht dann eine kurze Einschätzung der Ereignisse aus linksradikaler Perspektive.



Das Beste an dem Umzug in den neuen Raum war die Aussicht.

Ablauf

Am Tag der dezentralen Großdemos gab es in Hannover gleich zwei Demonstrationen zum Bildungsstreik. Eine wurde vom Bildungsbündnis, in dem u.a. Schüler_innen und Student_innen aktiv sind, organisiert, die andere vom B-Team, einer aus dem Studiengebührenboykott hervorgegangenen Studiengruppen, der die Forderungen des Bildungsbündnisses wie beispielsweise die Abschaffung von Schulnoten zu weit gingen. Bis dahin war kaum mit einer großen Mobilisierung zu rechnen, auch die Demos blieben eher klein. Am Tag darauf beschloss jedoch eine mit über 500 Teilnehmer_innen gut besuchte Vollversammlung, mit einer inhaltlich über Hochschule und Studienordnungen hinausgehenden Resolution, das Audimax zu besetzen. Es bildeten sich direkt Arbeitsgruppen für Mobilisierung, Pressearbeit, Forderungen, Recherche von Hintergrundinfos etc. Die Ergebnisse der AKs wurden grundsätzlich ins Plenum rückgekoppelt und dort abgesegnet oder verworfen. Alle Entscheidungen (außer der Frage, ob Vorlesungen zugelassen werden sollen, die mit großer Mehrheit negativ beantwortet wurde) wurden im Konsens gefällt. Es fanden in der Anfangszeit der Besetzung täglich morgens und abends Plena statt, die teilweise mehrere Stunden dauerten. Morgens war das Audimax von Beginn an eher schlecht besetzt, da zwar meh-

rere hundert Menschen zu den Abendplena kamen, aber nur wenige Menschen auch im besetzten Hörsaal schliefen. Die Besetzung stand am Anfang mehrmals auf der Kippe, da mehr Studierende anwesend waren, die ihre Vorlesung besuchen wollten, als Besetzer_innen. Nur aufgrund der Passivität der Studierwilligen und der Unfähigkeit der Dozent_innen, die ihnen durch das Mikrofon verliehene akustische Machtposition gegen

klatschende Besetzer_innen zu nutzen, überdauerte die Besetzung die ersten 48 Stunden. Das Präsidium reagierte darauf mit der Drohung, das Audimax räumen zu lassen, falls weiterhin Vorlesungen verhindert würden. Das führte zu zwei fatalen Entwicklungen: Da das Audimax unbedingt gehalten werden sollte, entschied man sich einerseits, eine Verlegung der Vorlesungen zu organisieren und andererseits den Präsidenten zur Diskussion über die hochschulbezogenen Forderungen in das Audimax einzuladen. Damit nahm man sich einerseits das Druckmittel und auch die Aufmerksamkeit, da der Unibetrieb kaum noch gestört wurde. Andererseits wurden die Besetzer_innen durch die Gespräche immer mehr in die Position gedrängt immer konkretere Forderungen und sogar Umsetzungsvorschläge zu formulieren, für die das Detailwissen über Studienordnungen und gesetzliche Hintergründe fehlte. So konnten alle Forderungen mit angeblich mangelnder Zuständigkeit oder fehlender Umsetzbarkeit abgewimmelt werden. Was so nicht zu lösen war wurde vom Präsidium ignoriert.

Doch nicht nur die Unerfahrenheit vieler Besetzer_innen – viele waren vorher noch nie politisch aktiv gewesen – machte Probleme. Auch die politisch erfahrenen Studierenden beteiligten sich nur als Einzelpersonen. Es gab dadurch zwar keine Blockbildung und

Fraktionierung, andererseits fehlten aber organisatorische Expertise und eingespielte Gruppen. Die Plena zogen sich ewig in die Länge, da alles dort diskutiert werden musste und alle als Einzelpersonen ihre Meinung noch einmal ausdrücken mussten. Auch wenn die Beteiligung von organisierten Linken bereits von Anfang an gering war, gab es ebenso scharfe wie vermeidbare Konflikte um politische Ausrichtung und Aktionen.

Ein „Kapitalismus Abschaffen“ Plakat wurde per Plenumsbeschluss abgehängt. Bei einer Party im videoüberwachten Foyer des Audimaxes wurde das Kabel einer Überwachungskamera durchtrennt. Auf dem schnell einberufenen Notplenum standen sich alkoholisierte Fraktionen unversöhnlich gegenüber. Es wurden sogar Forderungen laut die „Täter“ der Polizei zu melden. Dieser Vorfall markierte das Ende der linksradikalen Beteiligung, nur einige einzelne Personen arbeiteten weiter in der Besetzung mit bzw. nahmen immer mehr eine beobachtende Position ein.

Nach mehreren Gesprächen mit dem Präsidium und kleineren Aktionen waren Erfolge noch immer kaum in Sicht. Die Mobilisierung nahm stetig ab, es kamen jetzt noch etwa 20-30 Leute zu den Plena. Zusätzlich stand eine Räumung bevor. Es wurde deshalb beschlossen am Anschluss an eine Demo gemeinsam vom Audimax in einen neuen Raum, der langfristig als Freiraum erhalten werden sollte, umzuziehen. An der Umzugsdemo beteiligten sich noch einmal etwa 200 Leute. Leider war der ausgewählte Raum denkbar ungeeignet. Es handelte sich um einen großen studentischen Arbeitsraum, der entgegen der vorherigen Ankündigung auch viel genutzt wurde. Eigentlich sollten noch zwei Seminarräume auf der selben Etage mit besetzt werden, doch da diese frisch nobel renoviert worden waren und nur selten genutzt wurden, kamen die Besetzer_innen nicht einfach hinein. Zum Aufbrechen der Türen fehlte der politische Wille. Im neuen Raum entwickelte sich keine neue Dynamik. Alle waren nach wie vor ausgelaugt und da auch

der neuen Raum ständig besetzt gehalten werden musste, konnte mangelnder Schlaf nicht nachgeholt werden. Die Besetzung zerfiel immer schneller. Ohne die anfängliche Motivation traten die Konflikte innerhalb der sehr heterogenen Gruppe immer mehr in den Vordergrund. Einige bildeten eine rechte Abspaltung, es gab Konflikte um sexistisches Verhalten. Zum Ende des Semesters wurde beschlossen, die Besetzung vorerst aufzugeben. Seitdem trifft sich alle zwei Wochen ein „AK-Alles“, der die Besetzung reflektieren und Ideen für das nächste Semester entwickeln soll. Zu den Treffen kommen aber meist nur etwa 5 Leute. Außer einer Großdemo am 12.6., die gemeinsam mit Schüler_innen, Gewerkschaften (und Parteijugenden) organisiert wird, gibt es aber noch keine Pläne.

Inhaltliche Debatte und Ausrichtung

Wie schon angedeutet, beteiligten sich kaum Gruppen sichtbar an der Besetzung. Viele der Beteiligten hatten ihr Studium gerade begonnen. Dadurch fehlte es in vielen Dingen an Erfahrung und auch an konkreten Vorschlägen für realpolitische Veränderungen an Studienordnungen, die verhältnismäßig einfach zu erkämpfen gewesen wären. Da die Fachschaften in Hannover zumeist konservativ und serviceorientiert sind, kam auch von ihrer Seite kaum Unterstützung. Es herrschte ein allgemeines Unbehagen über Leistungsdruck, Anwesenheitspflicht und stupide Lehrinhalte vor. Trotzdem war der Wille zur Diskussion über konkrete Probleme bei den meisten sehr ausgeprägt. Allein, dass der Präsident sie anhören würde, wurde schon als Erfolg gewertet. Doch auch die Enttäuschung über den höchst uneinsichtigen Präsidenten führte nicht zu einer Radikalisierung des Protests. Die Forderungen wurden beständig mehr auf die Uni fixiert, ein gesamtgesellschaftlicher Kontext, der in der Resolution zu Beginn der Besetzung noch mitschwang, geriet mehr und mehr in den Hintergrund. Antikapitalistische Positionen wurden immer mehr ins Abseits gedrängt und Linke dafür verantwortlich gemacht, dass viele Leute nicht zu der Besetzung kämen. Die Situation war durchgehend von einem Druck geprägt, irgendwie mit den Anwesenden klarkommen zu müssen, der dazu führte, dass einige wichtige politische Debatten nicht geführt wurden, weil niemand mehr die Kraft dazu hatte. Auch eine Strategiedebatte wurde immer wieder verschoben. Dass Debatten wie die um Sachbeschädigung oder den Ausschluss des

RCDS am Ende ein aus linker Sicht akzeptables Ergebnis hatten lag meist an der Initiative von Einzelpersonen, deren Formulierungsvorschläge von allen aus Unlust an weiterer Debatte angenommen wurden.

Ein alternatives Programm kam erst sehr spät in Gang. Dabei war die Zustimmung auch zu allgemeinpolitischen Themen durchaus groß, die Beteiligung an den Vorträgen und Workshops aber durchweg eher klein.

Erst zum Ende der Besetzung hin, bzw. nach ihrer Auflösung wurde der Wunsch nach einer Ausrichtung über die Hochschule hinaus wieder stärker. Leider liegt das nicht nur an zunehmender Politisierung, sondern auch an der Tatsache, dass eher diejenigen übrig geblieben sind, deren Anspruch sowieso über die Uni hinaus ging. Unter den verbliebenen sind aber noch immer viele Erstsemester, die durch die Besetzung sicherlich eine starke Politisierung erfahren haben. Der noch verbliebene Kern der Besetzer_innen kann denke ich als links aber nicht als linksradikal bezeichnet werden.

Aktionen

Neben der Besetzung gab es verschiedene Aktionen zur Mobilisierung und Information in Uni und Stadt sowie zwei erwähnenswerte überregionale Aktionen, die aus einem Vernetzungstreffen in Hildesheim hervorgingen.

Zum einen gab es eine Demo anlässlich eines Vortreffens zu einer Bologna AG des Wissenschaftsministers, zu dem keine Studierenden eingeladen wurden. Die Demo fand auf Drän-

gen hauptsächlich der HBK Braunschweig statt, die Planung war ein schreckliches Chaos. Noch schlimmer war aber das Thema. Unter dem Motto „Holt uns mit ins Boot“ sollte für eine Beteiligung von Studierenden an der Bologna AG demonstriert werden. Eine kritische Diskussion dieses Mottos auf dem Vernetzungstreffen wurde ignoriert (es war besprochen worden, dass die Forderung nach Beteiligung nur unter der Bedingung, dass Studierende die Mehrheit stellen, gestellt werden könnte, da sie sonst nur zusätzliche Legitimität schaffen würde).

Eine weitere gescheiterte Aktion war eine versuchte Besetzung des Ministeriums. Das Gebäude ist mittlerweile stärker gesichert, als noch vor zwei Jahren, nur mit Chipkarte oder Pfortnerin kommt mensch über das Foyer hinaus. Sich Zugang zu verschaffen wäre aber bei vorhandenem Willen kein so großes Problem gewesen. Ernüchternd war vor allem das Verhalten vieler Beteiligter, die sich weigerten, ein gemeinsames Vorgehen zu besprechen und versuchten für ihre Kleingruppe einen Zugang auszuhandeln. Außerdem überwog bei den Anwesenden die Meinung, die Position im Foyer zu nutzen um Minister Stratmann zu einem Gespräch aufzufordern (wovon in der Vorbereitung nie die Rede gewesen war). Nach langer Diskussion mit seinen Mitarbeitern sagte der Minister seine Termine für den Nachmittag ab und das Foyer wurde vorläufig geräumt. Da sich die Anzahl der Teilnehmer_innen nach Willen des Ministeriums bis zum Gespräch am Nachmittag nicht vergrößern sollte, beschlossen die Besetzer_innen, das eine bereits über Twitter verbreitete Ankündigung



Die Beteiligung an den Plena war am Anfang erstaunlich groß.



wieder gelöscht werden sollte (was natürlich nicht passierte). Das Gespräch verlief wohl wie nicht anders zu erwarten wenig erfolgreich, trotzdem wurde ein weiterer Termin beschlossen. Positiv an der Aktion war aber, dass es gelang relativ kurzfristig ohne öffentliche Ankündigung etwa 40-50 in Bezugsgruppen organisierte Menschen für die Aktion zu mobilisieren.

Kritik der Besetzer_innen

Nach Ende der Besetzung fand eine leider sehr schlecht besuchte Reflexionsrunde statt. Kritisiert wurde besonders, dass keine Reflexion der Struktur der Besetzung und der Machtausübung in ihr stattfand, ja die Struktur nicht einmal am Anfang diskutiert, sondern vielmehr von dem Vorbereitungskreis einfach eingeführt wurde. Die Struktur wurde zudem als zu zentralistisch empfunden. Einzelne Gruppen sollten mehr Freiheiten gegenüber dem Plenum bekommen, Debatten, die nur wenige interessieren in kleineren Kreisen geführt werden um die Plena nicht in die Länge zu ziehen. Dort wo das praktiziert wurde, hat es gut funktioniert. Außerdem fehlten Befindlichkeitsrunden. Weiterhin wurde die Struktur als chaotisch empfunden. Arbeitskreise wussten oft nicht über die Arbeit anderer AKs Bescheid, Infos wurden nicht am Infotisch bereitgestellt. Infowände etc. wurden nicht genutzt. Es wurde als schwer empfunden später zur Besetzung hinzuzustoßen, da sich eine recht feste und abgeschlossene Gruppe gebildet hatte. Es wurde außerdem kritisiert, dass politisch un-

erfahrene Menschen oft niedergeredet und mit Antworten im Stil von „das machen wir schon immer so“ zum Schweigen gebracht wurden.

Auch die politische Strategie wurde kritisiert. Debatten über Inhalte und unterschiedliche politische Vorstellungen der Teilnehmer wurden nicht geführt. Die Besetzung wäre insgesamt zu sehr darauf ausgerichtet gewesen, ein positives Bild in den Medien zu erzeugen.

Während der Besetzung spielte der Freiraum Charakter des besetzten Audimax eine große Rolle. Von einigen wurde die Besetzung leider nur als Happening wahrgenommen, der Partycharakter stand im Vordergrund. Diese Menschen nahmen oft wenig Rücksicht auf die Bedürfnisse anderer Besetzer_innen. Vor diesem Hintergrund wurde eine Diskussion über die solidarische Nutzung eines Freiraum durch verschiedene Gruppen begonnen.

Aus dieser Kritik ergaben sich einerseits viele Fragen, andererseits aber auch Lösungsideen für Probleme der Besetzung. Über Ostern fand Wochenendseminar zum Bildungstreik statt, das von der Thematik weit über die Hochschule hinausging. Neben der Frage nach dem Bildungsbegriff und der Funktion von Bildung im Kapitalismus ging es unter anderem um Hierarchien und alternative Organisierungskonzepte. (war es ein Erfolg?)

Ansatz einer Analyse

Obwohl die Analyse sich linkentypisch eher auf die negativen Aspekte konzentrieren wird, möchte ich mit ein paar positiven und motivierenden Eindrücken beginnen:

Die Beteiligung übertraf zumindest am Anfang alles, was ich mir vorstellen konnte. Zu den Plena kamen teilweise mehrere 100 Leute. Die Diskussionen liefen zumeist sehr sachlich und einigermaßen konstruktiv ab, obwohl sie teilweise Stunden dauerten. Sehr schön war auch, dass es keine ewigen Debatten darum gab, ob man nicht Abstimmungen einführen sollte. So gab es keine feste Fraktionierung und keine Kampfabstimmungen. Auch das keine Sprecher_innen etc. bestimmt wurden und auch niemand danach rief war eine positive Überraschung. Insgesamt war ich beeindruckt, wie viel Zustimmung die relativ egalitäre Organisationsform erfuhr und wie schnell sich viele der Besetzer_innen mit Begriffen wie Konsensprinzip und Basisdemokratie identifizierten und es als selbstverständlich ansahen, gemeinsam zu kochen und das Zusammenleben im Audimax durch Partys und Spenden zu finanzieren. Dazu trug auch die Tatsache bei, dass keine externen Funktionäre wie AStA oder Parteihochschulgruppen als Organisator_innen auftraten. Vielmehr hielten sie sich mit Gruppenpositionen zurück und arbeiteten als Einzelpersonen mit (wobei der AStA viel Unterstützung durch Infrastruktur lieferte). Auch die Arbeit der Arbeitskreise lief selbstorganisiert ab und funktionierte teilweise

sehr schnell recht gut. Was die Beteiligung und Organisation zuvor politisch nicht Aktiver anging war die Besetzung in den ersten Tagen beeindruckend. Leider relativierte sich dieses positive Bild recht schnell wieder, weshalb nun eine recht lange Liste von Kritikpunkten folgt.

Den oben dargestellten im Reflexionstreffen geäußerten Kritikpunkten kann ich mich weitgehend anschließen. Einige Punkte möchte ich im Folgenden noch ergänzen und konkretisieren.

Organisatorisches

Unklare Rolle der Vorbereitungsgruppe

Die Besetzung wurde offensichtlich von einigen Leuten vorbereitet, die in der Vollversammlung den Antrag dazu stellten. Allerdings fand sich auf der VV zuerst niemand aus dieser Gruppe um den Antrag zu verlesen. Nach dem Beschluss wurde schnell klar, dass mehr als der Antrag vorbereitet worden war, da relativ schnell VoKü-Equipment etc. herangeschafft wurde. Es machte aber ein wenig den Eindruck, als wäre die Gruppe nach Beschluss der Besetzung einfach verschwunden. Einerseits ist das für gleichberechtigte Selbstorganisation natürlich nett, da Lernprozesse dann gemeinsam ablaufen. Andererseits hätte viel Chaos vermieden werden können, wenn beispielsweise eine Idee für eine Struktur und nötige Aufgaben zu Beginn der Besetzung offen zur Diskussion gestellt worden wären. Eine offene Diskussion zu Beginn hätte natürlich auf der anderen Seite dazu führen können, dass es kein Konsensprinzip gegeben hätte. Im Prinzip geht es hier um die Frage, wie mensch hierarchiearme Strukturen etablieren kann, auch wenn viele der Beteiligten sich wahrscheinlich noch nie mit dem Thema beschäftigt haben.

Zentralismus

Das Plenum was das zentrale Gremium, in dem alles beredet und beschlossen wurde. Einzelne Gruppen und AKs hatten innerhalb der Besetzung keine Spielräume für autonomes Handeln. Dadurch wurde ein Konsens über alle Fragen des Streiks erzwungen, der den inhaltlichen und aktionistischen Rahmen stark einschränkte.

Der Plenumszentrismus steht meiner Ansicht nach außerdem einer hierarchiearmen Organisation entgegen, da der Redeleitung und wortgewaltigen Menschen eine enorme Machtposition zukommt. Durch Blockadehaltungen in Zusammenhang mit geschickt

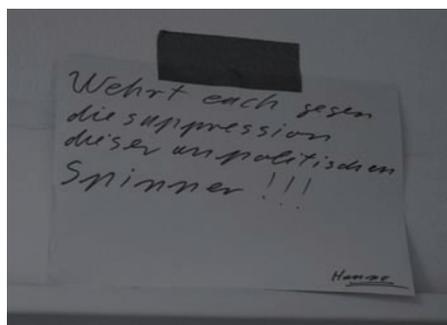
gestellten Fragen und Diskussionsvorlagen lässt sich viel auch gegen den Willen anderer durchsetzen, wenn diese eine Spaltung vermeiden möchten.

In einem erneuten „Streik“ sollte deshalb eine größere Freiheit für Gruppenaktionen außerhalb des Plenums bestehen. Das Plenum sollte nur über diejenigen Dinge entscheiden, die wirklich alle betreffen. Es muss außerdem klar sein, dass ein Konsensprinzip auch immer die Spaltung beinhaltet, da eben niemand zu etwas gezwungen werden kann und darf.

Politisches

Politische Beschränkung auf die Hochschule

Es wurde oft gefordert bzw. gehofft, dass sich andere gesellschaftliche Gruppen für den Protest interessieren und ihn unterstützen.



Dafür gab es aber zu wenig Analysen und Forderungen oder auch nur Solidarisierungen, die über die Hochschule hinaus gingen. Nicht einmal mit Schüler_innen gab es einen funktionierenden Austausch. Ein Studirendenprotest, der auf die Lernsituation beschränkt bleibt, muss sich nicht wundern, wenn er gesellschaftlich isoliert bleibt. Denn ein Protest, der nur bessere Lernbedingungen zum Ziel hat, ist im Prinzip ein Protest einer Elite für bessere Reproduktionsbedingungen. Forderungen wie die nach der Abschaffung von Studiengebühren weisen zwar ein wenig darüber hinaus, sind aber für viele Menschen, die kein Akademiker_innen-Selbstverständnis haben, noch kein genügender Anknüpfungspunkt. Studirendenproteste sollten also die gesellschaftlichen Ursachen des Bildungssystems untersuchen und darüber einen Bogen zu anderen Kämpfen spannen, die gemeinsamen Ursachen betonen, die verschiedene Kämpfe haben und gemeinsam agieren. Wenn ein Studirendenprotest (in unserer Gesellschaft) kein Elitenprotest sein will, muss er antikapitalistisch oder zumindest kapitalismuskritisch sein.

Auch innerhalb der Hochschule beschränkte

man sich auf die Situation der Studierenden. Kontakte zu Angestellten in Technik, Verwaltung und Wissenschaft wurden nicht gesucht, Kontakte zu Professor_innen kaum.

Mangelnde Beteiligung von Linken und Linksradikalen

Durch die Abwesenheit von organisierten Linken fehlte zum einen viel Erfahrung in der Organisation und zum anderen Impulse, die über die Uni hinaus wiesen. Die mangelnde Beteiligung hat (mindestens) zwei Ursachen: Zum einen gab es oft Anfeindungen („wegen euch sind viele Studis nicht hier“) und Drohungen (Denunziation bei Aktionen) gegen Linke. Zum anderen machten es sich viele Linke auch einfach, den Protest als nicht gesellschaftskritisch abzutun und sich fernzuhalten, anstatt für eine inhaltliche Neuausrichtung zu arbeiten, oder einfach nur interessierte unorganisierte Linke anzusprechen (was leider oft so ist). Die mangelnde Beteiligung von (organisierten) Linken und Linksradikalen und die Beschränkung auf hochschulpolitische Inhalte bedingten sich also gegenseitig. Einfach lässt sich das sicherlich nicht ändern. Ein weniger zentralistisch organisierter Protest, in dem einzelne Gruppen sich nicht für jede Aktion rechtfertigen müssen, wäre auf jeden Fall ein guter Ansatz organisierte Linksradikale einzubinden.

Appellativer Charakter

Es wurden Forderungen an (vermeintlich) Verantwortliche aufgestellt, die dazu führten, dass die Verantwortlichen ihre Verantwortung leugneten und sich gegenseitig zuschoben. Das wirkte hochgradig frustrierend, da das Wissen darum, wie die Macht und Gestaltungsmöglichkeiten in der Hochschulpolitik wirklich verteilt bei den meisten Beteiligten fehlte. Zusätzlich wurden die Forderungen dadurch angreifbar, weil sie den Charakter einer Bittstellung bekamen, die als überzogen abgelehnt werden konnte. Es wurde den Streikenden die Formulierung immer detaillierterer Forderungen aufgedrückt, für deren Ausarbeitung schlicht das Wissen fehlte (Die außerdem auch nicht die Aufgabe der Studierenden sind. Wieso sollten wir in einem Bildungssystem, dass uns aufgedrückt wird die Details regeln?). In einem erneuten Bildungsprotest sollten Forderungen deshalb nicht an Personen gerichtet werden. Vielmehr sollte einfach Kritik geäußert werden, um deren Umsetzung sich die Verantwortlichen kümmern müssen, wenn sie die Proteste loswerden wollen. Die Proteste müssen dafür radikaler und stö-

render werden. „Umsetzbare“ Forderungen sollten nur dort gestellt werden, wo wir das nötige Wissen und möglichst auch einen direkten Plan zur Umsetzung haben. Dazu sind Kontakte zu den Fachschaften und Leuten in Unigremien nötig.

In diesem Sinne waren auch die Gespräche mit Präsidium und Minister ziemlich unnötig. Sie verschaffen nur Legitimation und kosten uns Zeit und Nerven. Auf der anderen Seite wirken solche Gespräche, so mensch denn gut vorbereitet ist und sich nicht von den Politiker_innen an die Wand reden lässt, auch politisierend. Ich denke, viele haben gemerkt, dass es nicht reicht den Verantwortlichen zu erzählen, was schief läuft um etwas zu ändern. Wir sollten uns mehr darauf fokussieren, was wir selbst umsetzen können und den Bildungsstreik als Möglichkeit sehen uns Freiräume im Studium selbst zu erkämpfen und zu nehmen. (Wenn Anwesenheitslisten z.B. nicht abgeschafft werden, kann man sie auch einfach immer verschwinden lassen)

Mangelnder Wille zur Konfrontation

Die Vorlesungsverlegung war zwar auf den ersten Blick nett um die Besetzung zu erhalten. Durch die Deeskalierung konnte der Streik dann aber einfach ausgesessen werden. Die Besetzung wirkte nicht mehr besonders störend auf den Uni-Alltag. Wenn wir etwas erreichen wollen, müssen wir den Uni-Betrieb stören. Dabei können auch Studierende gestört werden, wenn deren Ziel einfach nur die Karriere ist. Denn bei einem Protest mit gesamtgesellschaftlichem Anspruch geht es darum, gegen soziale Missstände zu kämpfen, nicht für ein spezielles (privilegiertes) Klientel. So ein Protest muss sich sogar explizit gegen Herrschaftsstrukturen und ihre Befürworter richten. Mit dem Anspruch für die Studierenden zu sprechen ist das natürlich nicht vereinbar. Diesen Anspruch sollte ein sozialer Protest aber auch nicht haben, denn Studierende sind nach wie vor eine privilegierte gesellschaftliche Gruppe.

Unklare Ziele

Es gab keine wirklichen Ziele des Protests. Zwar wurden Forderungen aufgestellt, deren Umsetzung konnte aber kaum als konkretes Ziel einer zeitlich begrenzten Besetzung gelten. Es macht sicher Sinn, auch realpolitische Ziele zu haben, denn die Freiheiten,

die wir real haben bestimmen auch die Möglichkeiten, die wir haben einen anderen Lebensentwurf umzusetzen. Allerdings ist die Änderung von ein paar Paragraphen in der Studienordnung nicht genug. Zusätzliche Zeit können Studierende auch nutzen um an Netzwerken für ihre Karriere zu feilen oder nebenbei Kredite für das StartUp zu organisieren. Er kämpfte Freiräume in der Studienorganisation müssen politisch gefüllt werden. Sie müssen genutzt werden um erfolgreicher für eine solidarische Gesellschaft jenseits von Studienordnungen, Unis und Kapital streiten zu können. Die Proteste können dabei als Mobilisierung dienen, sie können zeigen, dass es möglich ist, anders zu leben und dass die Freiräume dazu erkämpft werden können.

Ein unfertiges Fazit aus einem unfertigen Text

Obwohl der „Bildungsstreik“ im WiSe 09/10 keine soziale Bewegung war, sondern eher den Charakter eines Elitenprotests für bessere Reproduktionsbedingungen hatte, ist er ein Schritt der Hoffnung macht. Die Studierendenproteste der letzten Jahre waren in ihrer Masse alle nicht gesamtgesellschaftlich und antikapitalistisch ausgerichtet, sondern drehten sich meist um die Interessen der Studierenden. Mit dieser Entwicklung muss und kann aber gebrochen werden. Zumindest in Hannover bahnt sich für das nächste Semester auch eine stärkere Vernetzung mit anderen Sozialen Akteuren an. Auch die Demo in Frankfurt war bereits ein Schritt in diese Richtung.

Die Organisationsform der Besetzung – so untauglich sie in ihrer Umsetzung als Druckmittel war – ist ein großer Fortschritt zu den Demos und dem Eventhopping der letzten Jahre. Die Besetzungen ermöglichten ein gemeinsames Leben in einem solidarischen und hierarchiearmen Umfeld. Es wurde gemeinsam gekocht und gegessen und auf Spendenbasis gewirtschaftet. Von der Organisation her war der Protest wesentlich weiter links, als viele Teilnehmer ihn sahen. Allein durch das gemeinsame Leben und den Freiraumcharakter macht er ein Statement, das weit über die Uni hinausgeht. Nur war vielen Beteiligten nicht klar, dass sie mit ihren Handlungen bereits das Abgelehnte

taten, nämlich die allseits bekannte Hochschule zu verlassen und andere Möglichkeiten menschlichen Zusammenlebens zu probieren und zu propagieren.

Hier bietet sich denke ich auch der Anknüpfungspunkt für radikale Linke. Sie müssen auf die Studierenden zu- und auf ihre Argumente eingehen. Sie müssen aufzeigen, wie radikal anders die Organisation der „Besetzungen“ ist, als der Kapitalismus und dieses Andere auf andere Bereiche der Gesellschaft übertragen. Gemeinsam müssen wir die Hoffnung (zurück)gewinnen, dass sich eine solidarische Gesellschaft und Ökonomie auch im Großen umsetzen lässt. Das ist eine anstrengende Arbeit bei der sicherlich viele alte blöde Vorurteile auftauchen werden, an der aber auch die radikale Linke erproben kann, wie sie die eigene Isolation in ihrer Szene durchbrechen und an andere Kämpfe anknüpfen und in diese intervenieren kann. Der Wunsch nach einem anderen Leben scheint mir bei vielen Protestierenden vorhanden zu sein, er muss nur politisch formuliert und organisiert werden. Dabei kann und sollte die radikale Linke helfen und sich daran selbst erneuern und für andere Kämpfe lernen.

Um uns nicht in den Protesten aufzureiben und unsere Ideale zu vergessen, müssen wir unsere Kräfte realistisch einschätzen und uns von der Idee verabschieden, den Protest substantziell zu beeinflussen. Wir können nicht in allen Arbeitskeisen sitzen und alle Pressemitteilungen schreiben. Je nachdem, wie die Bildungsproteste lokal ablaufen, können wir uns beteiligen, sie solidarisch-kritisch begleiten, oder auch nur Kritik üben. Wichtig ist, dass wir für diejenigen, die links über die Proteste hinaus denken, ansprechbar sind und ihnen Alternativen und Denkanstöße bieten, sie dabei aber die Erfahrungen, die uns politisiert haben, selbst machen lassen.

Weitere Texte zum Bildungsstreik in Hannover:

Mehrere Texte in der „KontrAST“ (Januar 2010, pc2.asta.uni-hannover.de/ASTA/publikationen/kontrast)

Text der AAH in der „Angriffsfläche“ (Januar 2010, www.antifa-hannover.de/angriffsflaeche)

Die Revolution auf dem Bürgersteig

Gedanken zum Bildungsprotest im Winter ,09

noch eine autonome Gruppe (Bremen)

Mit diesem Text wollen wir -noch eine autonome Gruppe- ein paar Gedanken unsererseits zu den Studierendenprotesten im Wintersemester 2009/10 äußern. Dieser Text ist die überarbeitete Version unseres Inputs zum Seminar „Linksradikele Organisierung und Intervention (nicht nur) an Hochschulen“ der Vernetzenden Organisierung. Trotz Relektüre belassen wir es bei der relativierenden Titulierung Gedanken, anstelle des Wortes Reflexion. So verwebt sich Reflexion mit Beschreibung und umgekehrt und formt somit ein rhizomatisches Etwas.

Was geschah?

Auf dem Bremer Campus drohte Anfang Herbst der letzte selbstverwaltete Freiraum, das GW3, zu Gunsten eines fein säuberlich und hauptsächlich zur Intergration des umliegenden Technologieparks angelegten Campus-Parks geräumt zu werden. Um diesen massiven Angriff auf ein studentisches Projekt zu verhindern, begann die GW3-Initiative durch Verhandlungen einerseits, und dem Aufbau einer konkreten Drohkulisse andererseits, die existierenden Pläne zu vereiteln.

So bildete sich nach einer selbstorganisierten Veranstaltung zum Thema „Die Ökonomisierung der Bildung am Beispiel der Bremer Uni“ eine AG, die sich konkreter mit der o.e. konkreten Drohkulisse beschäftigen wollte. Glücklicherweise spielte uns die Einladung des Rektors zu einem demokratie-illusionierenden „offenen Dialog“ mit den Studierenden in der nächsten Woche in die Hände. Er verfiel sich in einem Interview in der Bremer Monopolzeitung -Weser Kurier- in dem offensichtlichen und irgendwie provozierenden Widerspruch, dass es in Bremen keine Proteste gäbe, sei Resultat der guten studentischen Interesseneinbindung: Auf der einen Seite groß Demokratie vorgaukeln und auf der anderen Seite das GW3 abreißen wollen - nur ein Beispiel dieser Tatsachenverdrehung. Daher beschlossen wir seine Veranstaltung deligitimieren, um konkret seine und die allgemeine Scheindemokratie zu entlarven und gleichzeitig das Forum für das GW3 zweckzuentfremden. Außerdem diskutierten wir die Option einer Besetzung, um druckvoll den Erhalt des GW3 fordern zu können. Zu-

nächst erschien uns dieser Möglichkeit als die Angebrachteste, jedoch überschlugen sich von diesem Moment an die Ereignisse, so dass eine exakt chronologische Rekonstruktion unsererseits nahe zu unmöglich wird, welche aber auch gar nicht Ziel dieser Gedankensammlung sein soll.

Der nächste Tag wachte für uns „politisch“ gegen die Mittagszeit auf, wo neben wiederum einer verdammt leckeren GW3-Vokü, auch Überraschungsgäste beim anschließenden GW3-Plenum auftauchten.

Es waren hauptsächlich Studierende aus dem Studiengang Politikwissenschaften, die ebenfalls Besetzer_innen sein wollten, nur mit zumindestens anfänglich stark differierender Motivation. So kristallisierte sich in der Plenumsdiskussion heraus, dass mensch auch gerne ein Fähnchen auf der windigen Karte der besetzten Unis sein wollte. Als Ergebnis ließ sich letztlich festhalten, dass der Kreis von ca. 40 Diskutierenden anstrebte, gemeinsam die Rektorveranstaltung zu zerstören und eine mögliche Besetzung durchzuführen.

Wir als noch eine autonome Gruppe haben uns an der Aktion beteiligt. Zum einen, weil wir von der Raserei der Ereignisse überrannt wurden und deshalb das Entstehen mehrerer Parallelproteste vermeiden wollten. Zum anderen sahen wir die Chance, die Forderung zum Erhalt des GW3 in ein größeres Forum tragen zu können. Außerdem erachteten wir es als sinnvoll, durch herrschaftskritische Intervention Impulse in jegliche (hochschul) politische Situationen zu geben, gerade weil wir uns bewusst waren, dass es in diesem Kreis sehr unterschiedliche Vorstellungen von politischem Handeln gab und gibt.

In den nächsten Tagen -sowie Nächten- wurde die AStA-Etage -der Bremer AStA wird zur Zeit noch vom emanzipatorischen Linken-Listen-Bündnis gestellt- für uns, sowie für die anderen Aktivist_innen, zum Herzstück unzähliger Plena und AGs. Neben einem solidarischen Umgang miteinander, gab es jedoch auch strategische Konflikte aufgrund politischer Vorstellungen. So war für uns zentral,

dass die Besetzung, sowie ihre begleitenden Aktionen nicht den symbolischen Eventcharakter à la eines kurzen „oh wir wollen schnell irgendwas besetzen Strohfuehrs“ verkörpern sollte, sondern vielmehr eine längerfristige Politisierung der Beteiligten hervorbringen, die nicht in ihren Alltagstrott zurückgleitet, sobald das Adrenalin des Moments verauscht ist. Hier haben wir probiert anzusetzen, um möglichst die Rahmenbedingungen bzw. die (von uns zu) viel beschworene Form auszuarbeiten und haben die inhaltliche Ausgestaltung leichtsinnigerweise dem „es wird sich schon während der Besetzung füllen“ überlassen.

Durch das weitgehende Ausklammern von Inhalten ergab sich einerseits, dass Dissense bezüglich einer allgemeineren, gesamtgesellschaftlichen Kritik eines Studiums in einer kapitalistischen Gesellschaft unausgesprochen blieben -und sich daher später während der Besetzung wie Risse im gemeinsamen Fundament auftaten und andererseits wurde dadurch das verlockende Gefühl einer homogenen Masse suggeriert, welche de facto nicht existierte.

Ebenfalls führte das von uns nicht näher kritisierte und schon fast zu einem Ritual verkommene Veto- und Konsensprinzip zu einem sich einschleichenden Missverständnis von basisdemokratischer Entscheidungsfindung. Das war besonders stark zu spüren in der anfänglichen Diktatur des Plenums: Als Resultat derer galt ein Veto als absolut und jegliche weitere inhaltliche Auseinandersetzung war damit unterbunden. Außerdem lebte still hinter der Formulierung „Ich stelle das zum Konsens“ ein mehrheitsdemokratisches Herrschaftsbewusstsein weiter.

Zusammengefasst zeigte sich ein allgemein bekanntes Problem der Zusammenarbeit unterschiedlicher Interessensgruppen, es gab zwar einen Konsens bezüglich der Umsetzung, aber eine gemeinsame zu Grunde liegende, inhaltliche Strategie fehlte. Sie fehlte aber nicht, weil mensch auf keinen gemeinsamen Nenner in einer inhaltlich ausgerichteteten Diskussion kam, sondern weil sie schlichtweg von den meisten Beteiligten als weniger prioritär marginalisiert wurde -auch

wenn wir an dieser Stelle anmerken möchten, dass das gesamte Projekt zeitlich unter enormen Zugzwang stand.

Als Ergebnis der Vorbereitung gab es eine für die Besetzung vorbereitete Logistik, eine dafür mobilisierende Infoveranstaltung und eine wiederum dafür sehr kapazitätenfressende Mobilisierung mit Flyern, Plakaten und Ansagen in Veranstaltungen etc.

Die Infoveranstaltung im GW2 Treppenhaus war mit geschätzten 350 Teilnehmer_innen eine unerwartet positive Überraschung. Inhaltliches Ziel der VA war auf die Absurdität des morgigen „offenen“ Dialogs hinzuweisen und damit einhergehend am besagten Abend noch zwei Räume zu besetzen um dort die Strategie zur Delegitimierung des Rektors zu entwickeln, was allerdings anscheinend nicht massenkompatibel war: Dem Aufruf folgten nach einer zum Ende sehr zähen Open-Mic Runde nur ungefähr 120 Studis.

Wir haben von Anfang an probiert, in den besetzten Seminarräumen eine radikale

Strategie für den „großen“ Tag zu entwerfen und haben daher auch einen relativ ausführlichen Input zu den „demokratischen“ Strukturen und Gremien der Universität gehalten, was aber nicht zu einer von uns gewünschten Empörung führte. Positiv lässt sich aber vermerken, dass während des „Offenen Dialogs“ dadurch keine dominierende konstruktive Stimmung entstand. Einen faden Beigeschmack hinterließen jedoch Forderungen wie, dass die Elite von morgen gerne mehr Steckdosen hätte. Unsere Beiträge zum GW3 stießen sowohl beim Rektor als auch bei der Mehrheit der ca. 400 anwesenden Studis auf Ablehnung.

Wir möchten an dieser Stelle nicht den weiteren Verlauf der Proteste eins zu eins rekapitulieren, sondern anhand einiger, unsere Meinung nach exemplarischen Situationen kritisieren.

„Schmierereien“

Noch während der ersten Nacht haben ein Dutzend Besetzer_innen das „repräsentative“ GW2 -Gesellschaftswissenschaften 2-Treppenhaus und angrenzende Wände von ihrem tristen, mehr an ein Krankenhaus erinnernden sterilen weißen Wänden befreit, um somit den Veranstaltungsort des Rektorgesprächs sich auch ästhetisch anzueignen und die Ordnung der Dinge kopfzustellen. Neben Sprüchen, die beispielsweise auf den Kampf um Freiräume und Selbstbestimmung aufmerksam machten, entstanden auch kleinere Malereien, die durch -zumindestens partielle- Aneignung des öffentlichen Raumes die Uni in ein subversives Atelier umgestalteten. Leider gefiel dies nicht allen Besetzer_innen.

Als Reaktion darauf wurde gegen 3 Uhr Nachts ein „Krisenplenum“ einberufen, welches durch exzessiven Einsatz von Emotionalität dominiert wurde.

Es gab hauptsächlich drei Argumentationstypen: Erstens seien die Verschönerungen ein Bruch mit dem bestehenden Aktionskonsens, zweitens stelle sich die Frage, wer für den entstandenen „Schaden“ aufkomme und drittens ergebe sich das Problem, dass diese „Schmierereien“ zu einem „Imageverlust“ führen könnten und daher noch nicht aktive Studis abschrecken würden. Argumentative Begleiterscheinungen waren, dass die Maler_innen noch in der gleichen Nacht alles übermalen sollten mit dem Tenor „als sei nichts gewesen“, sowie die panische Angst vor polizeilicher Repression, die nur durch einen beruhigenden Antirepressionsinput eines eigens dafür geweckten Juristen

entschärft werden konnten, was aber nicht die vereinzelte Ankündigung verhindern konnte, mensch sehe in diesem Projekt keine gemeinsame Zukunft mehr und gehe daher heulend nach Hause.

Nach einem etwas allgemeineren Teil möchten wir uns auf die beiden letzteren Argumente konzentrieren, weil keine_r der Maler_innen einen Verstoß gegen den Aktionskonsens wahrgenommen hat

Wir sehen in dieser Debatte eine hohe Ähnlichkeit zu anderen, eigenen Rechts- sowie Legitimationsbegriffsdiskussionen aus anderen politischen Kontexten. Eigentlich liegt es überhaupt nicht in unserem Interesse diese jahrzehntelang geführte Diskussion zu reproduzieren, dennoch scheint es uns politische Notwendigkeit zu sein. Schließlich haben die herrschenden Verhältnisse die Subjektivierungsprozesse soweit vorangetrieben, dass zum Beispiel zu großen Teilen offensichtlich gar nicht mehr außerhalb willkürlich bestehenden Rechtskategorien gedacht wird. Ohne an dieser Stelle eine ausführliche Dekonstruktion des bürgerlichen Rechts zu formulieren, möchten wir nur darauf hinweisen, das Recht strukturell immer das Recht der Herrschenden ist und somit vorrangig ein restriktiver Mechanismus der Systemerhaltung.

Die Universität hat eine gesellschaftliche Funktion und ist somit zumindest formal öffentlich. Öffentlich heißt für uns, sie ist nicht nur nicht auf einem Privatgrundstück, sondern sie ist auch Projektionsfläche für aktive Mitgestaltung und wenn diese Mitgestaltung nicht nur ein Lippenbekenntnis sein soll, dann darf sie nicht vor weißen Mauern enden. Damit dieses Bewusstsein -wieder- keimt, bedarf es ständig radikaler Intervention, sodass es überhaupt noch denkbar bleibt. Eine Möglichkeit, dieses Bewusstsein zu schaffen, ist die Intervention durch spontane Irritation des Alltäglichen. Und dort, wo Irritation kratzt, ist die Folge meistens eine Reflexion des bisher Gedachten, was entweder zu einer Verhärtung der eigenen Position führt oder aber zu einem Bruch mit dem bisherigen Denken und somit zum Verschieben der eigenen Grenzen. Ganz gleich, ob das Ergebnis nun „negativ“ oder „positiv“ ist, ihm liegt ein Prozess zu Grunde, der ohne das Aufsprengen des Normalen nicht stattgefunden hätte. Dies soll kein idealisierender Revolutionspathos sein, sondern nur eine von vielen möglichen Formen das Denken aus seinen Fesseln des Immergleichen und Bekanntem zu befreien. Dass die oben be-



schriebene Möglichkeit kein zwangsläufiger Erfolgsgarant in der Praxis ist, zeigte das dreistündige „Krisenplenum“.

Ein sehr geläufiges Argument in der gesamten Debatte –sie beschränkte sich übrigens nicht nur auf die Nacht der Malerei, sondern blitzte in der gesamten sich anschließenden Woche immer wieder auf und wurde zusätzlich unterstützt durch eine Mail des Rektors– war der „Imageverlust“ und die Außenwirkung auf andere Studis. Dabei zielte die Argumentation auf die Instrumentalisierung von Einzelfällen, denen der Anschein eines repräsentativen Meinungsbilds beigegeben wurde. Dieser Argumentation liegt eine Einseitigkeit des Ausschlussbegriffs zu Grunde, denn wenn Ausschluss produziert wird, dann in mehrere Richtungen, das heißt konkret, Studis hätten auch dem Protest fern bleiben können, weil sie diese Debatte nervig fanden.

Darüber hinaus würden noch nicht aktiv gewesene Studierende, die motiviert wären den ganzen Scheiß zu ändern, sich nicht von irgendwelchen bunten Wänden aufhalten lassen.

De facto haben die Malereien den Besetzer_innen eine campusweite Aufmerksamkeit gebracht, die zusätzlich noch durch eine Rektormail an 18.000 Studis katalysiert wurde, die sonst einfach nicht vorhanden wäre. Was aber sehr wohl vorhanden war, waren etliche Vermutungen über die Kosten zur Reinigung der Malereien. So geisterte sogar hartnäckig in einer kommerziellen Campuszeitung die Aussage herum, dass die Reinigungskosten durch Gelder von Tutor_innenstellen abgedeckt werden sollten. Das einzige, was hier mit abgedeckt wurde, ist die Tatsache, dass bauliche Maßnahmen und Tutor_innengehalt zwei unterschiedliche Töpfe sind, die in keinem Zusammenhang der Querfinanzierung stehen. Der Rektor reagierte allerdings äußerst geschickt –was auch zu erwarten war– und probierte durch die Rundmail, sowie einem gesonderten Schreiben an die Besetzer_innen, die Besetzung innerlich zu spalten, indem er konsequent die Argumente des Schadens und der Öffentlichkeitswirksamkeit ausschaltete; die guten gegen die bösen Besetzer_innen.

Wenn zukünftige Proteste mehr erreichen wollen als bisher geschehen, dann wird es zur politischen Notwendigkeit, dass wir untereinander akzeptieren, dass wir andere Persönlichkeiten sind und somit auch andere Vorstellungen von Aktionsformen haben. Diese dürfen wiederum aber nicht zu einer Hierarchisierung der Aktionsformen führen,

wodurch eine potentielle Spaltung von außen, sowie von innen leichter fällt. Es geht um eine Einheit von Vielfalt; um solidarische Horizontalität.

Traurige Pointe der Aktion war, dass einige Tage später, in einem der Akt des voraussehlenden Gehorsams, die meisten Malereien sowie Sprüche von anderen Protestler_innen mit monolithischen Großflächenmalereien in Lachsorange und Minzgrün überstrichen wurden. Schade!



Umgang mit völkischem Gedankengut

Arbeitsgrundlage für den Umgang miteinander waren die gemeinsam erarbeiteten „Technics“, die für jedermann sichtbar an der Wand des besetzten Raums hingen. Neben solidarischem Umgang wurde auch manifestiert, was wir nicht haben wollten. Dazu zählten die „-ismen“ à la Sexismus, Rassismus und Faschismus etc. Diese Formulierungen entlarvten sich teilweise als schöne theoretische Floskeln, denn sie fanden in ihrer praktischen Umsetzung eine paradoxe Diskrepanz zum einst erhobenen Anspruch. Sichtbar wurde diese Inkongruenz als relativ unbemerkt, Tilman de Bruin von der Hochschulliste „Gottkenntnis (Ludendorff), Volkserhaltung und Sozialethik“ seine Flyer verteilen konnte. Im Anschluss wollte er an unserer Veranstaltung „Was ist Bildung?“ teilnehmen, in der wir ihn schließlich kompromiss- und gewaltlos rausschmissen. Unseren Entschluss zum Rauswurf und die allgemeine Tilmanthematik wollten wir ins abendliche Plenum tragen. In einer abermals sehr emotionslastigen Diskussion stellte sich unserer Meinung nach ein Kernproblem des Protests dar, nämlich der postideologische Wunsch für alle offen und neutral zu sein, um keine Person auszuschließen. Personen zu

dulden und ihnen noch freiwillig die Bühne anzubieten, die eindeutig einer menschenverachtenden Ideologie angehören, ist nicht nur hochgradig naiv –„er hat ja noch nichts gegen Juden oder Ausländer gesagt, er will doch nur gemeinsam mit uns für bessere Bildung protestieren“–, sondern bietet darüber hinaus auch eine ideale Schnittstelle zwischen einer „neutralen“ Haltung und subtil artikuliertem Rassist_innenscheiß. Hier zeigt sich wiederum ein beliebtes Deutungsmu-

ster, durch welches Bildung frei und isoliert von ihrem gesellschaftlichem Kontext betrachtet wird. Auch wenn Tilman es umgeht, in seinen Publikationen von „Rassen“ zuspochen, verwendet er doch bloß eine feinere und auf den ersten Blick milder wirkende Formulierung, nämlich „Kulturen“, wobei dies hier nur das salonfähigere Decksynonym von „Rassen“ ist.

Außerdem ist eine, wie auch immer positiv geartete Referenz auf das Werk von Mathilde Ludendorff per se nicht von ihrem politischen Anspruch zu trennen. Dieser wird deutlich, dadurch, dass die Ludendorffs in der Zeit der Hitlerdiktatur zwar als Dissident_innen galten, dies allerdings aufgrund dessen, dass sie das Regime „rechts überholen“ wollten. Diese Argumente –sowie Zitate aus dem Verfassungsschutzbericht– trafen immer wieder auf starres Unverständnis, weil wir doch offen sein sollten für alle Meinungen. Dass diese Haltung aber keine Meinung, sondern ein Verbrechen ist, dem ein menschenverachtendes Weltbild zugrundeliegt, führt die Aussage der freien Meinung ad absurdum.

„Doch wenn wir linke Extremist_innen dulden, müssen wir auch rechte dulden“. Und damit sind wir wieder bei der legendären Hufeisentheorie. Ein Gleichsetzung von links und rechts, nur aufgrund dessen, dass beide

irgendwie zwei „Extreme“ sind, ist grob fahrlässig und schlichtweg falsch. Ein emanzipatorisches Weltbild und ein faschistoides Weltbild stehen im direkten, unauf löslichen Widerspruch zueinander!

Dadurch, dass wir gehandelt haben, obwohl er ja noch nicht „aufgefallen“ war, erfuhren wir starke Ablehnung –mensch warf uns vor, wir würden Tilman zum „Untermenschen“ machen– und Tilman die Unterstützung eines „unrechtmäßig Ausgegrenzten“.

Die Diskussion zog sich schier endlos hin und konnte nur durch die Unterstützung eines Avanti-Vertreters –“mir ist das scheißegal ob wir einen Konsens dazu haben, wenn er nochmal auftaucht schmeiß ich ihn einfach raus“– zu einem entschlossenem Ende gebracht werden.

Wenn wir als Ziel haben, während unseres Protests nicht gesellschaftliche Unterdrückungsmechanismen blind zu reproduzieren, dann ist die unmittelbare Konsequenz, dass wir nicht offen sind für alle. Dieses Bewusstsein sollten wir aber nicht als Einschränkung begreifen, sondern es als Möglichkeit verstehen eigene Projekte oder Alternativen zu verwirklichen ohne sie bereits im Vorfeld der alltäglichen, strukturellen Gewalt von Rassismus, Faschismus, Sexismus und allen anderen menschenverachtenden Weltbildern zu opfern.

Unser allgemeiner Eindruck, der weithin apolitische Charakter und die Weigerung vieler Studierender, die Rolle von „Bildung“ und ihre eigene privilegierte Position im Bezug auf Gesellschaft zu reflektieren- ist erschreckend. Der Aufstand der jungen, meist weißen, west-europäischen Mittelschicht, die Angst hat, sich nicht genügend für diese Sklavenhaltergesellschaft zu qualifizieren, will weder rechts noch links sein. Doch kurz- aber wahr- gesagt: weder rechts noch links ... ist rechts. Das führte hier auf der einen Seite zu Diskussionen, ob Faschos am Plenum teilnehmen können, wenn sie nichts in „diese“ Richtung sagen und auf der anderen Seite zu einer öffentlichen Entsolidarisierung

von linken/emanzipatorischen Freiraumprojekten, wie dem GW3, weil dies ja andere Studis abschrecken könnte. Ähnliches gilt bundesweit für den Umgang mit sexualisierter Gewalt auf allen Ebenen, den Umgang mit „Schmierereien“ und „Vandalismus“ und dem wilden Herumschleudern von mittlerweile inhaltsleeren Begriffen wie Streik, Besetzung, Freiraum, Konsens, Basisdemokratie usw.

So basierte das Handeln vieler Aktiver auf einer völligen Fehleinschätzung der eigenen unreflektierten Lage. So ist der Studierendenprotest eine Form der privilegierten sozialen Kämpfe und wenn sich dieser nur munter in die Standortlogik einreicht, dann ist es kein Protest gegen die Unstrukturen sondern ein Protest mit bzw. für das, was wir aus emanzipatorischer Perspektive ablehnen, nämlich Verwertungs- sowie Konkurrenzlogik, Elitenbewusstsein und das Reproduzieren von Herrschaftsmechanismen.

Somit ist die innere Logik der herrschenden Verhältnisse mittels Disziplinierungskonstrukten die fortwährende Individualisierung und Isolation der Menschen sicher zu stellen, um sie überwacht und kontrollierbarer zu halten und somit Widerstand bereits im Ansatz zu unterdrücken. Gleiches gilt für Kritik. Kritik, die einzelne Gebiete isoliert ohne Gesamtzusammenhänge betrachtet, tut kaum weh und ist darüberhinaus ebenfalls leicht überwacht und kontrollierbar und dadurch leicht zu nivellieren und zu unterdrücken, oder aber mit Ködern von formalen, krümelartigen Zugeständnissen zufrieden zu stellen. Das wollen wir nicht!

Was wir wollen ist freie Bildung für freie Menschen, das heißt, Bildung darf kein Profilierungsattribut zum konformen Bestehen auf einem weitaus individualisierten und ent-solidarisierten Arbeits-Markt sein, sondern wir wollen Bildung, die den Menschen die Möglichkeit gibt, sich selbst von Ausbeutung, Unterdrückung, Paternalismus und allen anderen Herrschaftsformen zu emanzipieren. Damit steht emanzipative Bildung immer im Widerspruch zum gesamtgesellschaftlichen Kontext und bricht daher mit seinen Strukturen, Logiken, Sachzwängen,

Begriffsmäßigkeiten und so weiter. Dies hat zur Konsequenz, sich gemeinsam und solidarisch eigene Begriffe, Freiräume und Utopien anzueignen; warum nicht selbstorganisiert und kreativ experimentieren ohne die für Stellvertreter_innenpolitik bezeichnende, resignierte Konsumierhaltung und ohne die gesellschaftlich konditionierten Denk- sowie Kontrollblockaden; Grenzen hinterfragen und sprengen.

Das heißt, damit Protest überhaupt zu Widerstand werden kann und somit wirksam, muss er zwangsläufig irgendwo anecken und wehtun. Wir können und wollen es auch gar nicht allen Menschen Recht machen, denn wir wollen in einem Zwangskollektiv weder arbeiten noch leben. So ist in unseren Augen der Versuch, die Proteste zu entpolitisieren und beispielsweise ein eigenes „Raumersatzorganisationsbüro“ zu organisieren, der absurde Versuch eines „Ja-Nichtauffallens“, eines konstruktiven Zusammenarbeitens mit Allen und eines Nichtstörens der herrschenden Ordnung. Dieses Bild unterstreicht die Tatsache, dass in den zwei besetzten Seminarräumen Protest „gespielt“ wurde, was „draußen“ weitgehend unbekannt blieb bzw. mit unbeschwerter Leichtigkeit ignoriert wurde.

Protest muss sich radikalieren, damit die ganze Scheiße nicht wieder gestärkt von vorne anfängt.

Wir sitzen eben nicht, wie uns das bürgerliche Politikverständnis tagein tagaus indoktrinieren will, alle in einem Boot.

Zu wissen, von wo die Gewalt kommt....

Und nein, wir fanden nicht dem gesamten Protest scheiße, ansonsten würden und hätten wir uns nicht so viel mit ihm beschäftigt. Wir sind froh das überhaupt etwas geht...

Unsere Hoffnung ist, dass der Erfahrungsgewinn und das beeindruckende Durchhaltevermögen bei einigen zur längerfristigen Politisierung, wenn nicht sogar zu einer Radikalisierung führt.

Das ist für uns politischer Erfolg!



Bremen, internationale Drehscheibe für Atomtransporte

MAUS (Bremen) & SAND (Hamburg)

Verschiedene Initiativen aus Bremen und Hamburg haben im Juni dieses Jahres an die Senate der Hansestädte Hamburg und Bremen große Anfragen⁽¹⁾ initiiert, die von den jeweiligen Bürgerschaftsfraktionen der Partei Die Linke eingebracht worden sind. Dadurch wurde eine öffentliche Debatte in Gang gesetzt, die ganz offensichtlich die Politik unter Handlungsdruck setzt. Die Städte Cuxhaven und Bremen sprachen sich unlängst gegen eine Abwicklung eines Transports von MOX-Brennelementen über die Häfen aus. Der Kraftwerksbetreiber E.ON will oder wollte demnächst acht MOX-Brennelemente – also plutoniumhaltige (bis zu 5 %) Brennelemente – aus der britischen Plutoniumfabrik Sellafield zum Atomkraftwerk Grohnde in Niedersachsen transportieren. Angeblich regelt der sogenannte Grohnde-Vertrag die Herstellung von insgesamt 64 Mox-Brennelementen und deren Lieferung. Das sind voraussichtlich acht Transporte. Weitere 44 MOX-Brennelemente sind wohl in Sellafield für das AKW-Brokdorf an der Untereibe bestellt worden. Aufträge zur Lieferung von MOX-Brennelementen existieren offenbar auch für die AKW in Grundremmingen, Isar, Neckarwehtheim und Krümmel.

Cuxhavens Oberbürgermeister Arno Stabbert (CDU) forderte den privaten Hafensbetreiber Cuxport auf, die Abwicklung der Atomtransporte abzulehnen, was die Firma daraufhin auch tat. „Ich halte die Transporte zwar für unbedenklich, aber durch die unverantwortliche Diskussion darum droht Schaden für meine Stadt“, begründete Stabbert seine Haltung gegenüber der Nachrichtenagentur dpa. „Angesichts der emotionalisierten Debatte könne ein ungestörter Transport nicht gewährleistet werden.“ (<http://www.cn-online.de/lokales/news/cuxport-keine-atomtransporte-ueber-den-cuxhavener-hafen>). Am Cuxhavener Europakai hatten Polizei und Feuerwehr am 16. Juli das Be- und Entladen des britischen Frachters Atlantic Osprey geübt.

Daraufhin wurden Spekulationen laut, dass E.ON versuchen werde, diese Transporte über Bremen abzuwickeln. Der dortige Senat lehnte dies umgehend ab. Bremens Bürgermeister Jens Böhrnsen (SPD) lehnt die Ab-

wicklung der Atomtransporte über die bremischen Häfen sowohl aus Sicherheits-, als auch aus politischen Gründen ab. Er erklärte im Weserkurier, dass der Bremer Senat den Ausstieg aus der Kernenergie unterstütze und nun nicht den „Ausputzer für die Atomlobby“ spielen werde. (<http://www.pr-inside.com/de/print1469835.htm>)

Jetzt kommt Hamburg als Alternative ins Spiel. Wir fordern den Senat auf, dem Beispiel Cuxhavens und Bremens zu folgen und die Atomtransporte abzulehnen. Bislang deutet jedoch nichts daraufhin, dass Hamburg die Transporte unterbinden will. Der Staatsrat der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Christian Maaß (GAL), räumte in der Sitzung des Umweltausschusses ein, dass man in Sachen Atomtransporte von Sellafield nach Grohnde „nichts ausschließen könne“. „Die zuständige Behörde sieht derzeit keine Rechtsgrundlage, um entsprechende Transporte durch Hamburg zu untersagen oder planungsrechtlich bzw. wegerechtlich auszuschließen.“

Dass die Hafenstädte Bremen und Cuxhaven die Atomtransporte über ihre Häfen abgelehnt haben, ist ein großer Erfolg für die Anti-AKW-Bewegung.

Bremen - internationale Drehscheibe im Atomgeschäft

Über Bremen und insbesondere den Bremerhavener Hafen gehen eine Vielzahl von Atomtransporten. Bremen ist eine Drehscheibe zur Versorgung und zur Entsorgung der AKWs im internationalen Atomgeschäft. Uranoxide, das extrem giftige Uranhexafluorid, unbestrahlte und bestrahlte Brennelemente oder andere Produkte im Zusammenhang mit der Nutzung der Atomtechnologie werden im Bremerhaven umgeschlagen und/oder durch das Bremer Stadtgebiet transportiert. Die nach Atomgesetz meldepflichtigen Atomtransporte über Bremen und Bremerhaven gingen von und nach verschiedenen Orten in Süd-Korea, Russland, Kasachstan, USA, Kanada, Brasilien, Argentinien, Süd-Afrika, Frankreich, Großbritannien, Niederlande, Belgien, Schweden, Norwegen, Finnland, Dänemark, Spanien, Schweiz und Deutschland.

2008 quasi alle vier Tage ein Atomtransport durch das Land Bremen.

Im Jahr 2008 stieg die Zahl dieser Transporte stark auf 88 an. Dieses Ausmaß haben wir nicht erwartet. Aber mal abgesehen von der Häufigkeit hat uns auch die Reichweite der Transporte überrascht.

Ein extrem gut florierender weltweiter Handel

Der Antwort des Senats ist zu entnehmen, dass in den Jahren 2004 bis 2008 mehr als 330 nach dem Atomgesetz meldepflichtige Atomtransporte durch das Land Bremen fast ausschließlich per Schiff und LKW stattgefunden haben.

Den größten Anteil der Transporte über Bremen machen Transporte des hoch-toxischen Uranhexafluorid aus. Angereichertes Uranhexafluorid wurde in den 5 Jahren 133 mal im Umfang von 1.209 Tonnen Uran transportiert. Zahlreiche dieser Transporte kommen aus Korea, Russland und den Niederlanden. Als Zielländer sind die USA und Schweden am bedeutendsten. Besonders bemerkenswert ist, ein Transport an das Hahn-Meithner-Institut in Berlin 2004, dass die enorme Menge von gut 11 Tonnen radioaktiver Stoffe mit einer waffenfähigen Anreicherung von 20 % Uran 235 aus den USA erhielt. Zusätzlich gibt es nochmals 418 Atomtransporte zur nuklearen Brennstoffspirale die nicht nach dem Atomrecht meldepflichtig sind, sondern nur hafensrechtlich gemeldet werden müssen. Neben leeren Verpackungen, und oberflächenkontaminierten Stoffen gehören dazu aber u.a. auch Uranerz, vor allem aus Australien, Südafrika und Kanada, Lieferungen von radioaktiven Stoffen an Atomkraftwerke und nicht angereichertes, aber extrem giftiges Uranhexafluorid. Die Statistik erfasst allein 115 solcher UF6-Transporte im Umfang von 3.614 Tonnen Uran.

Die hohe Zahl an Transporten rückt nicht nur den angeblichen Anti-Atom-Kurs Börsens in ein realistisches Licht. Sie belegt auch, dass die Bremer Landesregierungen die Beschlüsse von 12 Ortsbeiräten aus den Jahren 1997/98 ignoriert haben. Diese hatten den Senat angesichts der „unverantwortlichen

Risiken“ aufgefordert, mit dem Ziel „keine Atomtransporte mehr über Bremisches Gebiet“, „mit den zuständigen Bundesbehörden und der Deutschen Bahn zu verhandeln“. Noch in den Jahren 2006 und 2007 wurden mehr als 2 Tonnen hoch-toxisches Plutonium in sechs Transporten von MOX-Brennelementen von Belgien über Bremen / Bremerhaven zum AKW Brokdorf transportiert.

Risiken für die Bevölkerung

Unfälle, die zu einer Freisetzung radioaktiver Stoffe führen, können verheerende Folgen haben - unabhängig davon, ob es sich um ortsfeste Anlagen handelt oder um Transporte. Transporte haben jedoch ihre eigene Problematik: Sie sind schwieriger zu schützen, die Behälter können nicht immer ausreichend ausgestattet sein, gefährliche Stellen lassen sich nicht ohne weiteres umfahren, und schließlich werden alle Vorbeugungs- und Schutzmaßnahmen dadurch erschwert, dass Unfälle an nicht vorhersehbaren Orten geschehen, was nachweislich passiert ist.

Die Auswirkungen eines Unfalls, d.h. die Strahlenbelastung Einzelner oder ganzer Bevölkerungsgruppen und die daraus folgenden Gesundheitsschäden, hängen im konkreten Fall unter anderem von Art, Menge und Form der freigesetzten Stoffe ab, von Emissionshöhe, Wetterbedingungen, Geländestruktur, Verhalten der Radionuklide in der Biosphäre und im Menschen sowie von Maßnahmen, die zur Verringerung der Strahlendosis ergriffen werden.

Das kann tiefe Eingriffe in das Leben der Bevölkerung bedeuten - Räumung von Gebieten, zeitweise Umsiedlung, Abtragen der obersten Bodenschichten einschließlich des Bewuchses (und sichere Endlagerung!), Dekontamination von Straßen und Gebäuden, Nutzungseinschränkungen, um nur einiges zu nennen.

Transporte von abgebrannten Brennelementen in die Plutoniumfabriken (z.B. nach La Hague/Frankreich oder nach Sellafield/Groß Britannien) sind seit dem 01.07.2005 gesetzlich untersagt worden. Transporte von „bestrahlten“ (abgebrannten) Brennelementen aus sog. Forschungsreaktoren dürfen dagegen weiterhin erfolgen. Solche Transporte sind schon alleine aufgrund der hohen biologischen Wirkung der Neutronenstrahlung nicht zu verantworten. Die auftretenden Strahlendosen sind hoch und können zur Zeit nicht mit annähernd ausreichender Genauigkeit erfaßt werden (siehe hierzu auch: „Gefährdung der Gesundheit durch Strahlung des Castor, Horst Kuni, IPPNW, 1996“, und „Die biologische Wirkung von Neutronen-

strahlung wird weiterhin unterschätzt“, Strahlentelex 254-255, 1997, und dort zitierte Literatur).

Bei einem Zusammenstoß zwischen Güterzug und Transportbehälter und anschließendem mehrstündigen Feuer können große Mengen Cäsium-134 und Cäsium-137 freigesetzt werden. Durch Gammastrahlung und mit Cäsium belastete Nahrungsmittel führen zu einer jahrzehntelangen Strahlenbelastung von Mensch und Umwelt (siehe hierzu auch: „Strahlenbelastung bei Unfällen und unfallfreiem Transport“, Restriko Nr. 1, Greenpeace Hamburg und dort zitierte Literatur).

Bei Unfällen mit Uranhexafluorid (UF₆)Transporten ist wesentlich dessen chemisch hohe Toxizität: Bei Freisetzung von UF₆ bilden sich mit der Luftfeuchte sofort Flußsäure und andere giftige Fluorverbindungen, die schwere Verletzungen der Atemwege verursachen. Je nach Witterungsbedingungen können bis in ca. 600 m Entfernung vom Unfallort tödliche Konzentrationen auftreten, die Zahl der Todesopfer im städtischem Gebiet wird bis zu 1 000 abgeschätzt.

Bei schweren Unfällen, die mit Freisetzung von UF₆ oder Plutonium verbunden sind, gibt es keine effektiven Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung. Die Katastrophenschutzplanung kann bei schweren Unfällen im Zusammenhang mit Transporten dieser Substanzen nur begrenzt greifen (siehe hierzu auch: „Zur Sicherheit von Transporten radioaktiver Stoffe auf dem Gebiet der Stadt Saarbrücken“, Cornelius Noack, Gerald Kirchner, Bernhard Fischer, Fachbereich Physik, Universität Bremen, Report Nr. 46, Dezember 1990 und dort zitierte Literatur).

Wie können sich die Anwohnenden im Falle eines solchen Atom-Unfalls schützen?

Für Betroffene im unmittelbaren Umfeld gibt es keinen Schutz. Die einzig sichere und vernünftige Präventionsmaßnahme ist, diese Transporte zu verhindern. „Angaben zu den Transportfirmen und den Schiffsnamen sowie zu den Transportrouten sind aus Sicherheitsgründen bundesweit als Verschluss-sache eingestuft. Im Übrigen berühren die Fragen die Einsatztaktik der Polizei, über die der Senat grundsätzlich keine Auskunft gibt.“ Und „...Zu den Einzelheiten der Schutzmaßnahmen gibt der Senat aus Sicherheitsgründen keine Auskunft.“

Aber wie sollen wir uns schützen, wenn die Transporte im Geheimen ablaufen? Atomtransporte sind kein hanseatisches Problem, auch wenn Bremen sicher internationale Drehscheibe dafür ist. D. h., es wäre

sinnvoll, wenn auch andere Städte oder Regionen solche Anfragen an die zuständigen Stellen starten würden. Die Hamburger und Bremer Politiker_innen können davor nicht weiter die Augen verschließen und versuchen, die Verantwortung an andere weiterzugeben oder sie bei anderen zu suchen.

So machen sich die Politiker_innen zu Erfüllungsgehilfen der Atomkonzerne, in der nur Wettbewerb und Profit entscheidend sind. Und so sind sie auch mitverantwortlich dafür, wenn weiterhin AKWs betrieben werden und Atomtransporte stattfinden.

Atomtransporte-Stopp ist kein unerreichbares Ziel.

Verschiedene Städte haben es - auf Grund öffentlichen Drucks - vorgemacht: Lübeck (1987, nach diesem Beschluss wird bis heute verfahren), Emden (1987), Wilhelmshaven (1988, Atomtransporte und Umschlag von radioaktivem Material sind dort zur Zeit (10/09) weder geplant noch beantragt) haben Atomtransporte über ihre Häfen untersagt. Frankfurt am Main (1997) und die Länder Belgien, Luxemburg und die Niederlande haben zumindest CASTOR-Transporte durch ihre Regionen verboten. Das alles liegt jedoch Jahre zurück. Wir sind gerade dabei zu recherchieren, ob diese Verbote noch gelten. Wenn ja, ob sie eingehalten werden.

Kein Atomstrom für Bremen

Die swb ist mit 49,9 % an den Stadtwerken Bielefeld beteiligt, die ihrerseits einen Anteil von 16,7 % am AKW Grohnde halten. Die swb profitiert also massiv von den Extra-Profiten aus dem abgeschriebenen AKW.

Das ist Ergebnis politischer Entscheidungen und ließe sich ändern.

Atomtransporte sind von größter strategischer Bedeutung für das Funktionieren der Atomindustrie. Atomtransporte stoppen heißt die Atomanlagen stilllegen und das ist genau unser Ziel.

MAUS (Meßstelle für Arbeits- und Umweltschutz - Bremen) www.MAUS-Bremen.de
SAND (Systemoppositionelle Atomkraft Nein Danke - Gruppe, Hamburg) www.nadir.org/sand, November 2009

(1) zu den Anfragen:

Bremen: http://www.bremische-buergerschaft.de/drs_abo/drs-17-973_c43.pdf

Vorläufiges Selbstverständnis der Autonomen Vollversammlung (AVV) Bremen

Plattform für Information, Kommunikation, Reflektion und inhaltliche Diskussion

Für wen soll die AVV einen Raum bieten?

Die AVV soll eine Plattform zum Austausch zwischen Aktiven und Interessierten, sowohl Einzelpersonen als auch Gruppen aus unterschiedlichen politischen Feldern sein. Gemeinsame Basis ist dabei die radikale Ablehnung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse, sowie das Streben nach einer herrschaftsfreien Welt. Damit verbunden ist das Bemühen die eigene politische Arbeit/den politischen Weg hierarchiearm zu gestalten und das Wissen um die Vielschichtigkeit der Unterdrückungsmechanismen in der eigenen Praxis zu integrieren.

Für was soll die AVV Raum bieten?

Die AVV soll zum einen zur Verbesserung des Informationsaustausches zwischen verschiedenst Aktiven und Interessierten beitragen. Zum Anderen soll Raum für gemeinsame Reflektion bisheriger und zukünftiger politischer Praxis/Aktionen geboten werden. Hinterfragen und Diskutieren von Perspektiven und Strategien „autonomer“, „libertärer“ und „linksradikaler“ Politik ist ein weiterer Schwerpunkt der AVV. Eines der Ziele ist es Analysen gemeinsam in die eigene politische Praxis einfließen zu lassen

Wie soll die AVV ablaufen?

Die AVV gliedert sich in vier Bereiche:

- * VV Basics: Klärung der Frage wer das Protokoll schreibt, was ins Protokoll kommt und wie das Protokoll verbreitet wird, gemeinsame Vorstellung der Struktur und Infos zu kollektiver Moderation.
- * Kurze Berichte und Terminansagen
- * Wichtige spontane und aktuelle Themen
- * Das auf der letzten AVV durch alle festgelegte Thema: pro Treffen soll jeweils nur ein Thema vorher festgelegt werden, damit genügend Raum für spontane Themen bleibt.



Autonome Vollversammlung

** Die AVV findet jeden zweiten Sonntag, in den geraden Kalenderwochen, jeweils um 19.30 Uhr im Sied-Wallhaus statt. Die Termine der jeweils nächsten AVV sollten von allen über Aushänge an geeigneten Orten verbreitet werden.**

Diskussionspapier für einen neuen Aufbruch in die Fröste der Freiheit [Erste Fassung]

Reformgruppe der Reformgruppe Süd-Ost

Die Zeit der Selbstvergewisserung muss ein Ende haben.

Einige empfinden unseren Tonfall möglicherweise als harsch. Das kann er leicht werden, wenn es um geliebte Menschen geht, um diejenigen, mit denen wir in der Vergangenheit eine Menge befreiende Überlegungen angestellt und Wege ausprobiert haben, uns und die Welt zu verändern. Gemeinsame Versuche, die uns, so klein sie auch gewesen sein mögen, mehr als nur am Herzen liegen. Falls die eine oder andere Kritik euch trifft, versucht das im Kopf zu haben und geht nicht gleich in Verteidigungsstellung. Wir wollen weiter miteinander, sonst gäbe es diesen Text nicht.

Wir wollen uns die Mühe machen, uns zusammenzurufen. In einer gemeinsam geführten Debatte am Anfang des Treffens herauszufinden, welche Ideen, Kritiken und Vorschläge für das »Wie weiter?« im Raum sind, und wie wir diese praktisch zu einer Diskussion zusammenschrauben können. Schließen sich manche Positionen tatsächlich aus, dann sollten wir das feststellen und entsprechende Schlüsse ziehen: Das kann auch heißen, sich zu trennen. Es kann einen Punkt geben, an dem der gemeinsame Grund uns wie Sand durch die Finger rinnt, eine gemeinsame Diskussion nirgendwo mehr hinführt als in die übliche traurige Wüste. Die GenossInnen, die den Kongress vorbereitet haben, haben klar

gemacht, dass sie keine ExpertInnenrunden wollen zu einzelnen Themen, kein Podium. Wir würden hinzufügen: Kein bezugsloses, und vor allem folgenloses Nebeneinander immer wieder neu entdeckter Widersprüche. Fast 20 Jahre nachdem der Text »3:1 - Klassenwiderspruch, Rassismus, Sexismus« das Problem der Tripple Oppression in unseren Kreisen aufgeworfen hat, können wir uns nicht länger darin ausruhen, stets aufs Neue zu beschreiben, dass es den einfachen Hauptwiderspruch nicht gibt. Die Erkenntnis allein reicht nicht, das Problem liegt sowohl in der Aufsplitterung in Teilbereiche und dem daraus entstehenden SpezialistInnenrum, als auch darin, dass diese Puzzelstückchen

danach nicht wieder zu einem Gesamtbild zusammengesetzt werden. Aber auch das ist irgendwie nicht alles.

Wir schaffen es hier nur ein paar Schwierigkeiten anzureißen. Auch sind wir zu wenige, um das auf umfassendere Weise tun zu können. Auf dem Kongress in Hamburg sind wir zu mehreren, wenn es gut läuft könnten wir stellenweise so etwas wie kollektive Intelligenz entwickeln. Denn nur so kann es funktionieren, die vielen unterschiedlichen Erfahrungen und Perspektiven einzubeziehen. Aber auch ein Wochenende ist zu kurz, um wirklich eine umfassendere Strategie auszuhecken. Was ist Kritik auf Höhe der Zeit? Wie mogeln sich manche von uns mit einem »Zerstört alles!« bisweilen darum herum, dass Staat und Kapital Gesellschaftlichkeit an sich nicht abschaffen wollen, sondern alle unkontrollierte Kollektivität nur deshalb in kleine Stückchen zerschlagen, um sie in ihrem Sinne wieder zusammzusetzen? Transformation eben. Wie mogeln sich andere von uns mit immer ausgefeilteren Aufschlüsselungen dieser Prozesse nicht weniger einseitig darum herum, entsprechend dieser Erkenntnisse zu handeln?

Ziel des Kongresses könnte sein, sich auf zwei bis drei Fragen zu einigen, die wir alle im Lauf des kommenden Jahres diskutieren. Daran geknüpft eine konkrete Struktur für diese Diskussion zu entwickeln, was nichts anderes heißt, als einen Organisierungsvorschlag zu entwickeln: lokale und überregionale Treffen, haufenweise Diskussionszirkel, kritische Rückkopplung der Diskussionen an unser eigenes Handeln, Einigung auf einen Debattenkanal. Wie verallgemeinern wir die Diskussion, wie verbreiten wir unsere Ideen und Texte, die wir wichtig finden, um zu einer gemeinsamen Basis zu kommen und unser Wissen zu kollektivieren, um überhaupt über das Gleiche diskutieren zu können. Uns schwebt zum Beispiel vor, Texte und weitere Diskussionspapiere aus diesen Zirkeln – aber auch aus anderen – in regelmäßigen Abständen in unseren Medien zu veröffentlichen. Wir sind ohnehin der Ansicht, dass wir mehr Zeit und Energie in unsere eigenen Ausdrucksformen und -mittel investieren sollten, statt uns der bürgerlichen Berichterstattung anzubiedern.

Ein solcher Organisierungsvorschlag beinhaltet auch, über potentielle Weggefährten nachzudenken. Es gibt diverse Leute, die wir auf der Straße treffen, die sich in unseren Strukturen aber nicht wiederfinden. Unsere selbstorganisierten Strukturen sind oft ge-

schlossen und wirken elitär. Man muss schon eine ganze Menge »klar haben«, die Codes kennen und sich dementsprechend verhalten, um akzeptiert zu werden. Ebenfalls gibt es vermutlich Leute, mit denen wir gerne diskutieren würden, fühlen sich von der Definition autonom vermutlich nicht angesprochen. Wir selbst sind hin und her gerissen: Autonome stehen für eine weitgehende Abkapselung von der Gesellschaft – und paradoxerweise zugleich für lebhafteste Kontakte zu Grünen und Linkspartei, für Pressekonferenzen und Stiftungswesen. Andererseits stehen Autonome noch immer für eine gewisse Entschlossenheit und Unversöhnlichkeit dem Staat und dem Kapitalismus gegenüber, für die Konfrontation auf der Straße, für alle sichtbar militant im Schwarzen Block oder auch als Unsichtbare in der Nacht. Sie stehen für Strategien der Provokation und eine Perspektive der Zuspitzung der gesellschaftlichen Verhältnisse – aber auch immer für die Suche nach dem ganz anderen Ganzen. Für die Schaffung und kämpferische Wiederaufnahme von Beziehungen, Freiräumen und Strukturen, die sich staatlicher Kontrolle nach Möglichkeit entziehen, um aus diesen Fäden perspektivisch ein ganz anderes soziales Gewebe zu schaffen. Wenn es das ist, was Leute noch immer mit dem Begriff Autonomie verbinden, dann finden wir das gut.

Und, aller Unzufriedenheit zu Trotz, mit der wir ja noch nie gegeizt haben: Verglichen mit anderen politischen Kräften stehen Autonome und AnarchistInnen doch echt ganz gut da. In Auseinandersetzungen um Krieg und Frieden, Globalisierung, Gentechnik, Antiatom, usw. finden sich unsere Positionen heute oft im Zentrum der Auseinandersetzung, und das nicht nur auf der Straße, sondern auch was die inhaltliche Bestimmung betrifft. In bestimmten Feldern, die für das tägliche Leben und Überleben nicht unwesentlich sind – gemeinsames Wohnen und Arbeiten, der Kampf gegen Umstrukturierung der Stadtteile, in denen wir leben – sind wir präsent und machen die Idee von Kollektiven und Kooperation erlebbar: dass es nun mal einfach am besten gemeinsam klappt, dem tristen isolierten Einerlei der Verwertungsgesellschaft was entgegenzusetzen. Und sich dafür zu organisieren, darum geht es uns hier, denn das System kann für uns keine Alternative sein. Die Perspektive lebenslänglicher Lohnarbeit, um dann doch alleine zu verrecken und krank zu sein, ist einfach zu furchtbar. Und – welchen anderen Ort als selbst zu schaffende Kollektive soll es denn geben für die ganzen »Loser«, die dieses System produziert? Staat-

liche Elendsverwaltungen und Fürsorgeeinrichtungen? Soziologische Forschungseinrichtungen und Reservate? Wir denken, dass es immer noch darum geht, von unten an die Sache ran zu gehen. Uns selbst leibhaftig als Teil dessen zu verstehen, was sich an sozialen Kämpfen ankündigt, uns persönlich mit unserem ganzen Leben einzumischen in den nächsten Versuch, die herrschenden Verhältnisse zu kippen.

Das verspricht eine Menge Unbequemlichkeiten. Viele mit denen wir sprechen, finden gar nicht so falsch, was wir tun. Was sie denken, selbst nicht tun zu können oder zu wollen. Aber, auch wenn es richtig ist, dass wir uns vermutlich Ärger einhandeln und doch nie aus den Widersprüchen rauskommen, so ist es doch genauso wahr, dass ein Abschied von den eigenen Idealen nicht davor schützt, ein anstrengendes Leben zu haben und auch nicht davor, in Widerspruch zu geraten mit dem System. Alle Lebenden handeln im Widerspruch zu ihrer Verwertung. Davon gehen wir aus. Aber so sehr wir durch die Verhältnisse selbst in diesen Widerspruch hineingeworfen werden, so können wir doch stets versuchen Einfluss zu nehmen auf Ort, Zeit und Formen der Auseinandersetzung.

Nicht wir erfinden die Konfrontation, die Frage ist, wie wir uns darin positionieren, denn auch Nicht-Handeln ist alles andere als folgenlos. Wie nehmen wir den Fehdehandschuh auf, den die AgentInnen des Kapitalismus uns immer wieder vor die Füße werfen. Dies sind die Bedingungen, die wir vorfinden, der Soziale Krieg, in dem wir agieren – so oder so. Darum geht es. Daher finden wir die Parole »Seid so radikal wie die Verhältnisse!« nach wie vor treffend. Im Austarrieren dessen, was die herrschenden Verhältnisse aktuell ausmacht, beim Versuch den gegenwärtigen sozialen Angriff wirklich zu verstehen, stehen wir uns an einigen Punkten selbst im Weg. Hängen in Analysen fest, die zwar grundsätzlich richtig, aber nicht auf dem letzten Stand sind, was dazu führt, dass wir gegen fast verlassene feindliche Bastionen kämpfen – die Idee des Fortschritts beispielsweise – oder uns in einer Nische einrichten und als Problemgruppe handhabbar werden für den Staat. Als Black Block, aber auch als D.I.Y.-Hippies oder intellektuelle Kongressshopper. Unberechenbarkeit aber braucht immer wieder neue aktive Schritte. An diesem Punkt müssen wir uns jenseits unterschiedlicher Einschätzungen über objektive Bedingungen sozialer Kämpfe die Frage stellen, ob wir diese Schritte noch bereit sind zu

gehen, ob ich, du und wir die herrschenden Verhältnisse tatsächlich noch radikal ändern wollen. Welche Wege und Möglichkeiten gibt es, auf der Höhe der Zeit weiterhin gegen das System anzustinken, auch und vor allem praktisch.

Wir finden unsere Inspirationen derzeit vor allem in der Idee des Aufstands, die wir in den letzten Jahren von den Ereignissen in Frankreich und Griechenland aufgeschnappt haben. Die Erfahrung des Aufstands gibt es nicht zum ersten Mal in der Geschichte, aber auf eine Art ist sie unserem Bewusstsein und unseren taktischen Überlegungen entglitten, dass er in der Tat neu von uns erfunden werden muss. Mit einem Aufstand verbinden wir weit mehr als die rein militärische Dimension. Es geht zwar um eine Strategie, in der politische Gewalt eine Rolle spielt, und doch um mehr als eine Steigerung von Militanz oder mehr Riots. Es geht darum, bereits in unseren Kämpfen die Idee der Befreiung von Herrschaft zu leben. An die Idee des Aufstands knüpft sich eine Verschiebung der Perspektive, die Orientierung auf andere Ziele.

Es geht darum, praktische Schlüsse aus zahlreichen Kritiken der letzten Jahre zu ziehen und den Kapitalismus nicht in seinen historisch verfestigten Formen, sondern als stets fragiles Geflecht sozialer Beziehungen anzugreifen. Knapp neben die Bollwerke der Macht zu zielen auf das, was den Betrieb am Laufen hält – die Zirkulation, nicht die Institutionen ins Visier zu nehmen. Es geht um eine Verschiebung unseres Blickwinkels, in dem wir Gesellschaft denken, mit wem wir uns verbünden. Knapp an den RepräsentantInnen vorbei wollen wir direkt mit den Leuten reden, die diese angeblich repräsentieren. Wir denken, dass es eine offene Frage ist, warum viele nichts von sich hören lassen, ihr Leben eben nicht selbst in die Hand nehmen. Wir sind keine SoziologInnen. Wir wollen keine Umfrage machen oder die schlechten Verhältnisse in revolutionäre umdefinieren. Wir wollen es ausprobieren. Das Geheimnis liegt darin, tatsächlich anzufangen! Warum sollte das Unmögliche heute noch unmöglicher sein als früher? Schließlich könnte es sein, dass es nicht die Frage von Gewalt und Träumerei ist, die Leute davon abhält mit uns zu kämpfen, sondern dass sie uns misstrauen, weil wir oft auch nur reden wie PolitikerInnen. Es gilt, einen Blick auf die Dinge zu entwickeln, der uns wie Janus dazu befähigt zugleich nach hinten und nach vorn zu blicken, um eine offensiv experimentelle Vertei-

gung zu ermöglichen: Das Erreichte zu verteidigen, ohne ein neues Establishment zu errichten. Die Welt zu verändern, ohne die Macht zu übernehmen – und unser Denken immer wieder frei dafür zu machen, die Frage der griechischen GenossInnen aufzugreifen: »Und nachdem wir alles niedergebrannt haben?«

Was wir für gewöhnlich tun, ist nicht falsch. Nazis müssen abgewehrt, Hausprojekte verteidigt, der täglich weiter in unser Leben eingreifende Soziale Krieg zum Thema gemacht werden. Es ist konsequent und notwendig mit Flüchtlingen und Gefangenen solidarisch zu sein; eigene Zeitungen, VoKüs, Rechtshilfestrukturen usw. aufzubauen. Das alles und noch viel mehr ist richtig und gut. Unsere Diskussionen und dementsprechend unsere Strategien sind es nicht. Was nicht heißen muss, dass sie schlecht sind. Oft sind sie schlicht unzureichend, weil wir sie nicht genügend an der Realität testen.

Unsere Strategien verändern sich nicht im gleichen Tempo wie die gesellschaftliche Wirklichkeit, oft hinken wir der Veränderung der Verhältnisse hinterher: Die allgemein um sich greifende Akzeptanz von Armut, von doppelten Standards nicht mehr nur im Süden, sondern in unserer eigenen Lebensrealität. In einer Gesellschaft, in der ein neuer Kolonialismus rassistische Übergriffe nicht mehr nur an den Außengrenzen legitimiert und mit dem Krieg politische Gewalt auf ganz andere Weise in den Alltag integriert wird, als dies im Kalten Krieg der Fall war. Die Fassade des scheinheiligen sozialen Friedens ist weitgehend abgebröckelt. Inmitten der sich ausbreitenden Perspektivlosigkeit existiert das Schweinesystem relativ ungestört weiter. Ohne der Masse der Menschen Versprechungen für die Zukunft zu machen dauert es einfach an. Und wir selbst, wir stecken mittendrin in dieser Verlorenheit – sind weit mehr Teil dieser schizophrenen, abgefuckten Gesellschaft als uns lieb ist. Und genau darüber müssen wir uns unterhalten, wenn wir das damit der Verlorenheit ändern wollen, ohne unsererseits falschen Träumen anzuhängen, sei es die autonome Nische oder irgendein revolutionäres Subjekt.

Roll the Roll-Back back

Denjenigen, die sich noch an Zeiten vor King Kohl erinnern können, ist das Wort

Roll-Back ein umfassender Begriff. Seinerzeit ausgiebig von uns thematisiert, den Teufel an die Wand gemalt, wie so oft lange bevor die Wucht tatsächlicher Veränderung spürbar wurde. Nun, da es so weit ist, scheinen die kritischen Nervenbahnen taub, Versuche die Tiefenwirkung des Angriffs von Thatcher und Konsorten zu verstehen sind rar, erst recht wenn wir über die allgemeine Diskussion unter GenossInnen reden - das, was wir teilen - und nicht über Bücher und Analysen von ExpertInnen und die allgemeine Weltlage. Der Angriff galt und gilt dem Zerschlagen, zum Schweigen bringen, Vergessen jeglicher sozialer Fundamentalopposition - Tabula Rasa für das folgende Social Engineering einer verwüsteten Welt.

Die Reaktion krepelt zwar unser Leben und selbst unsere Wahrnehmung um, aber sie kann sie uns nicht zwingen, uns restlos in Arbeit und Konsum aufzulösen. Zum Glück gibt es historische Erfahrungen, aber auch immer wieder Erlebnisse, die es uns ermöglichen, anders zu denken, anders miteinander zu reden und sogar kollektiv anders zu handeln als es der Lebenslauf, die Vorgaben des Jobcenters, der Versicherungen, Sozialarbeiter usw. vorsehen. Aber dieses „andere“ fällt uns nicht zu, weil wir besonders schlau wären, sondern nur und sobald wir uns in die Auseinandersetzung begeben: Mit Staat, Familie, dem Boss, den MitbewohnerInnen, der Konsumgesellschaft, der Atomindustrie, den Liebesbeziehungen, der Welt eben.

Die aus dieser Auseinandersetzung gewonnenen Erkenntnisse »privat« zu interpretieren, zu denken, dass wir aufgrund persönlicher Fähigkeiten, Charaktereigenschaften, IQ oder Kaderschulung mehr als andere dazu in der Lage sind, das System zu durchschauen, ist Teil des Roll-Back, Teil des Individualisierungsprozesses, Teil der Korruption. Historisch hat diese Interpretation immer wieder in die Sackgasse des Avantgardismus geführt. Viel zu oft ist unser Denken - wie es typisch ist im Kapitalismus - auf das Produkt gerichtet, der Produktionsprozess wird ausgeblendet. Die Frage, wie es kommt, dass ich etwas kapiere, was den anderen offenbar nicht klar ist, oder was in deren Leben zumindest keine Rolle zu spielen scheint, wird häufig nicht als aus dem Konflikt geboren gedacht, sondern statisch aus uns selbst heraus, Wissen als Privateigentum. Dabei ist es eine Fiktion, Menschen auch nur einen Moment ohne ihr Handeln in Relation zu anderen zu denken. Eine für den Kapitalismus sehr funktionale Fiktion, denn sie bietet den individualisier-

ten Kern für das statistische Zerlegen und sozialtechnokratische Wiederzusammensetzen von Gesellschaft. In der Regel im Dienste der Macht. Wir sind gewohnt uns als Einheiten zu verstehen, nicht als Beziehungen. Wir denken schrecklich viel über Identitäten nach und darüber, wie wir geworden sind, was wir sind. Dabei ist das, was sich zwischen uns tut das Entscheidende. Wenn wir vehement darauf beharren, dass der Kapitalismus nicht als Institution gedacht werden darf, dass wir uns aufkonzentrieren müssen, wie er funktioniert, dann gilt das auch für uns als Personen. Wenn die Macht fließend ist und durch uns alle hindurch operiert, dann hängt auch unsere Befreiung von der Fähigkeit ab, unser Denken und Handeln über die Blockaden hinweg zu bringen, die uns im Gewohnten halten. Sicher sind wir alle in jedem Moment irgendwer, aber vielleicht ist das einfach nicht so wichtig.

Auch in Fragen der sozialen Absicherung sind Autonome und Gesellschaft oft nicht weit voneinander weg. Traditionell baut das Image der Autonomen auf der Maxime »Lebe wild und gefährlich!« auf. Was in den politisch wie in Zement gegossenen 1980er Jahren Aufbruch war aus dem alles integrieren wollenden Sozialstaat gegen den Sozialismus sieht heute anders aus. Wie Märchen erscheinen heute Berichte von GenossInnen, dass sie in den 70ern einen Scheiß gaben auf Ausbildung, Erbe und Beruf, denn die Revolution war in erreichbarer Nähe, und darauf kam es an. Aufbruch. Irgendwo unterwegs ist dieses Jetzt und Hier verendet, ist in Aufklebern und Lifestyle erstarrt, aber das Warum und das Wie haben wir noch nicht recht begriffen. Es war jedenfalls nicht in Stammheim, und auch nur ein bisschen in der Angst davor. Ein Teil davon ist die Erfahrung von Niederlage, die uns die GenossInnen vermittelt oder die wir selbst erlebt haben. Viel hat aber auch mit der allgemeinen Privatisierung zu tun, die viel tiefer in unsere Wünsche eingrabscht, unsere Bedürfnisse transformiert, als sich dies stolze autonome Individuen für gewöhnlich eingestehen wollen.

So wurde aus den kleinen Heimlichkeiten privaten Konsums und anderer Kompromisse mit dem Establishment - sei es die berufliche Karriere, das kleine Glück zu zweit oder die Wissensanhäufung am Kollektiv vorbei - im Laufe der Zeit Gewohnheit. Die Ausnahme, welche zuerst nur die Norm bestätigte wird selbst zur Normalität des individuellen Durchwurstelns, der nicht in politische Diskussion einbezogene intellektuelle Lauf-

bahn, für die im Nachhinein so vieles gewinnbringend verwertet werden kann. Auf Existenzängste reagieren wir nicht anders als der Rest: Rette sich wer kann - allein oder maximal zu zweit.

Rücksturz zur Erde

Wir schlagen also eine Abkehr von der subkulturellen Selbstbezogenheit vor oder, positiv ausgedrückt, eine Öffnung hin zu allen möglichen Leuten in der Gesellschaft, die ein Interesse haben könnten, sich gegen die Verhältnisse zu stellen und für Befreiung einzutreten. Wir meinen damit eine Öffnung hin zu konkreten Personen und NICHT zu Institutionen wie Kirche, Gewerkschaften oder Parteien.

Wie können wir dies tun, OHNE 1. in stumpfsinnigen Populismus zu verfallen - relativ beliebig Themen aufzugreifen, um nach Art der Parteien Bekanntheits- und Zustimmungseffekte zu erhaschen; OHNE 2. wieder mal romantischen Vorstellungen über revolutionäre Subjekte aufzusitzen - die wir zwar abstrakt bewundern, die aber im springenden Moment doch immer andere sind als wir, die immer woanders wohnen und zu anderen Zeiten leben; OHNE 3. in den verschiedenen Spielarten überobjektiver Betrachtungen über Chancen, Gefahren und Wahrscheinlichkeiten gesellschaftlichen Wandels stecken zu bleiben - was bedeutet, die Perspektive von Staat, Verwaltung, wissenschaftlicher oder wirtschaftlicher Politikberatung einzunehmen, ohne auch nur annähernd was entscheiden zu können - das heißt: OHNE uns selbst zu vergessen?

Um auf alle möglichen Leute in der Gesellschaft zugehen zu können, müssen wir wissen, wo wir stehen, was wir wollen und müssen Vorschläge machen, wie wir denken es erreichen zu können. Für uns selbst, aber nicht exklusiv für uns selbst. Vielleicht könnte man es in autonomer Tradition so formulieren, dass wir die Politik der ersten Person wieder bekannt machen mit der zweiten und den dritten Personen - und dazu scheint es nötig, dass wir uns von der Politik im herkömmlichen Sinne trennen.

Statt »Politik zu machen« sollten wir aufs Schärfste die Legitimierung des Ausschlusses kritisieren, die gemeinhin Politik genannt wird. Seit Stilllegung der französischen Revolution werden im entscheidenden Moment immer diejenigen politisch »ernstgenommen«, die sich klar vom besitzlosen Pöbel distanzieren, sobald dieser im eigenen In-

teresse handelt und zu einer Gefahr für den Kompromiss zwischen den verschiedenen Fraktionen der Besitzenden wird. Das Privateigentum, die Vertragssicherheit zu schützen - dafür ist die Politik da, zu diesem Zweck wird sie auch bei denen zugelassen, die nicht zur Elite gehören. Gewerkschaften wurden in Deutschland erst genehmigt, als das Beispiel England den sog. Sozialreformern unter den Herrschenden bewiesen hatte, dass sie eine gute Waffe gegen die MaschinenstürmerInnen sind. Und das erste, was diese neuen Gewerkschaften taten war, Leute aus den Kassen der gegenseitigen Hilfe auszuschließen, wenn sie beim Klauen erwischt wurden. Sie bekämpften den aus der täglichen Erfahrung erwachsenden Kampf der arbeitenden Klasse gegen die Lohnarbeit und förderten stattdessen die Verbreitung einer positiven Identität des Arbeiters, der Arbeiterklasse, als fleißig, ehrlich, loyal. Eine solche Politik können wir getrost über Bord schmeißen.

Unsere Isolation zu überwinden war abstrakt schon oft Thema, sei es in Diskussionen über den sozialen Angriff - wie wir in Kontakt kommen können mit Arbeitskämpfen und Montagsdemos - sei es auf der Suche nach Wegen der Kooperation von Schwarzen und Weißen im Kampf gegen Grenzregime, Abschiebung und Illegalisierung, sowie darüber hinaus gegen die chauvinistischen und imperialistischen Wurzeln dieser Situation und den sich derzeit kriegerisch erneuernden Kolonialismus. Allerdings scheint uns die Feststellung der Wichtigkeit dieser Anliegen nicht hinreichend zu motivieren, in unserem täglichen Leben tatsächlich rassistische, klassen- oder geschlechtsbezogene Grenzen niederzureißen. Die soziale Konfrontation aber, in der wir es nicht ausreichend schaffen unsere Isolation zu überwinden, existiert. In dieser Konfrontation stellen wir immer wieder fest, nicht gut genug vorbereitet zu sein, von den Geschehnissen überrumpelt, auf tausend Arten zu starr, zu traditionell, zu ungeduldig, zu betriebsblind, zu sehr in den Feind gebannt. Erst aus der Erkenntnis der Probleme die in diesen Auseinandersetzungen klar werden entsteht das Bewusstsein, die Sprache und die Möglichkeiten tatsächlich gemeinsamer Veränderung.

Und wir tun gut daran, an dieser Sprache praktisch zu feilen. Das heißt, uns jetzt sofort mit all unseren Bedingtheiten in die Diskussion mit »ganz normalen Leuten« zu schmeißen, wir alle. Wieder zu lernen uns auszudrücken, zu erklären, was wir tatsächlich meinen mit »Make Capitalism History«,

sierten Strukturen. Uns bleibt nichts anderes als zu versuchen die Bedingungen dafür zu schaffen, dass künftig mehr Menschen die Möglichkeit bekommen, sich weiterzuentwickeln. Das Wohin ist dann schon Teil der permanenten Diskussion. Wir nehmen wahr, dass sich die Stimmung ändert, dass allgemein wieder mehr diskutiert wird und das Interesse an anarchistischen Ideen steigt. Auch Leute, die sich außerhalb der autonomen Szene bewegen und die gerade sozial abgehängt werden sind ziemlich genervt und wütend. Und diese Empfindungen sind uns nicht fremd, auch wenn wir nicht selten ganz woanders herkommen. Oft ist der erste Punkt, an dem wir uns treffen der Hass auf die Bullen, und oft sind die Anlässe tragisch.

Eins ist klar: Aufstände lassen sich nicht organisieren, Riots lassen sich organisieren. Der Aufstand kommt nicht, weil wir ihn uns dringend wünschen und er kommt nicht schneller, wenn wir dringender Wünschen. Der kommende Aufstand wird nicht wahrscheinlicher, wenn wir uns darauf vorbereiten, aber vielleicht könnte sich die Sache eher in eine emanzipatorische Richtung entwickeln, wenn wir es tun. Wie aber kommen wir über die Geste der Konfrontationsbereitschaft hinaus zu Strukturen und Taktiken, die uns über unsere militärische Schwäche hinweg tragen. Wie können wir gesellschaftliche Gärungsprozesse besser begreifen, uns darüber auszutauschen, wie wir die kapitalistische Logik ausbremsen, die Verhältnisse massiv erschüttern, und auch unser eigenes Leben. Wir müssen eine umfassende - und, das ist der Knackpunkt - miteinander geteilte Bildung für den kommenden Aufstand erfinden: Neben scharfen Analysen, um die Situation einschätzen zu können und den nötigen mentalen wie technischen offensiven Fähigkeiten, die uns wirklich in die Lage zu versetzen angreifen zu können, benötigen wir jede Menge produktive und defensive Strukturen, die uns ermöglichen, diese Zuspitzung auszuhalten. Die unser Überleben ermöglichen, indem wir die Abhängigkeiten vom Establishment vermindern, und zugleich unsere defensiven Fähigkeiten entwickeln, dem Angriff der Reaktion zu trotzen, der unweigerlich erfolgen wird, sobald wir wirklich zu einer Bedrohung werden. Im Begriff des Aufstands steckt die Frage der Organisation direkter drin als in den Abwehrkämpfen der verschiedenen Teilbereiche, auch die der direkten Konfrontation. Was heißt ein Aufstand heute vor dem Hintergrund extrem unterschiedlicher Bewaffnung, oder genauer: unserer nahezu vollständigen Entwaffnung?

Die Geschichte der Aufstände ist blutig und mit Niederlagen gesättigt. Und doch ermuntern uns die Entwicklungen der letzten Jahre dazu, einen Aufstand in unserem Sinne, eine neue kämpferische Internationale perspektivisch für möglich zu halten.

Was also meinen wir, wenn wir von Aufstand sprechen? Einige werden einwenden, dass vieles, von dem in diesem Papier die Rede ist, nichts Neues ist. Vielleicht ist es so simpel, dass viele der Diskussionen, die in autonomen Kreisen früher darüber geführt wurden, nicht mehr bekannt sind, dass auch die Begriffe, die GenossInnen davon hatten, vergessen wurden. Oder, dass sie zur Zeit nur deshalb unter dem Begriff Aufstand die Runde machen, weil diese Debatte in anderen Ländern unter dem Namen des Aufstands, der Insurrektion, angestoßen wurde. Wir denken, dass mehr dahinter steckt. Einiges mag ähnlich klingen wie in der Organisationsdebatte der 1990er, etwa die Kritik an der Selbstbezogenheit der Autonomen, und doch hat sich etwas geändert seither. Im Gefüge der Macht sind neue, feiner gearbeitete Zwischenböden entstanden. Nicht wenige KritikerInnen der Autonomen von damals scheinen sich derzeit als neo-reformistisches Lager zu konstituieren - und füllen unter Beibehaltung ihrer einst kritisch gemeinten Rhetorik die (oft bezahlten) Stellen auf, die von Gewerkschaften, NGOs und Linksparteien für deren eigene Erneuerung bereit gestellt werden, als Frischzellenkur. Mit der Diskussion um den Aufstand wollen wir Position gegen die sich ausbreitende Realpolitik innerhalb autonomer Zusammenhänge beziehen. Gegen die neue Stufe der Vereinnahmung, der Integration derjenigen AktivistInnen, mit denen die Herrschenden im Zweifelsfall dann doch in ihrem Sinne »vernünftig reden« können; die ernstgenommen werden wollen als VerhandlungspartnerInnen und SprecherInnen. Die wenn es drauf ankommt allzeit bereit sind, sich von unkontrollierbaren Elementen zu distanzieren. Mit uns ist kein Staat zu machen - auch kein verdeckter, als Weltföderation der ArbeiterInnenselbstverwaltung verbrämter, wie ihn Karl-Heinz Roth neuerdings vorschlägt.

In anderen Ländern ist diese Entwicklung bereits weiter fortgeschritten als bei uns, vielleicht hat sich von daher dort die Kritik früher entwickelt. Gruppen wie die Disobbedienti in Italien, die Lefties in Griechenland, oder die professionellen BewegungsmanagerInnen in England und den USA sorgen dafür, autonome Organisationsformen salonfähig

zu machen, die Sprache der Bewegungen in die Diskurse der Eliten einzuspeisen, so dass wenn von Revolution geredet wird schon lange nichts anderes mehr gemeint sein muss als Formationen sich selbstständig organisierender Sklaven. Eine Diskussion über diese Entwicklung, die wir auch bei uns beobachten, halten wir für überfällig.

Der Aufstand als Kunst die Erstarrung zu verhindern

Ein Aufstand ist kein Riot und keine Revolution, und er ist mehr als die gerade Linie vom einen zum anderen. Vor allem anderen ist er ein Anfang, ein erneutes Aufbrechen raus aus einer heillos festgefahrenen zerstörerischen Ordnung. Zu revoltieren ist eine wichtige Erfahrung, und vermutlich werden wir uns an vielen Aufstände beteiligen müssen, um unsere Theorie und Praxis auf ihre Sprengkraft zu überprüfen. Die Chance, dass wir und andere sich ändern steigt, wenn die Dinge in Bewegung geraten. Dies geschieht, indem die herrschenden Verhältnisse durcheinander gewirbelt und - zumindest vorübergehend - außer Kraft gesetzt werden: Anweisungen nicht befolgt werden, das Gewaltmonopol nicht greift, Abläufe in Produktion und Transport bewusst unterbrochen werden, das reibungslose Funktionieren der Behörden und Verwaltungen blockiert wird, vor allen Dingen aber: Die ALLGEMEINE DISKUSSION über das »Wie Weiter?« endlich mit allen zusammen begonnen und mit allen Mitteln offen gehalten wird. Immer wieder darauf zu zielen, dass alle aufstehen von der Couch, dass sie weggehen vom Fernseher, vom Computer, und auf die Straße kommen - was auf dem Transparent zu lesen war, das einige Leute nach der Erstürmung eines griechischen Fernsehsenders während der Dezemberrevolte vor die Kameras hielten. Eine Forderung nicht mehr an eine Regierung oder sonstwelche InteressenvertreterInnen, eine Forderung an alle, auch an uns selbst. JUST DO IT!

Wir nutzen den Aufstand als praktische Möglichkeit die Verhältnisse und auch uns selbst in Bewegung zu setzen und Situationen zu schaffen, die den Kapitalismus und den Betrieb seiner Agenturen blockieren. Nicht zum Selbstzweck, sondern um Platz und nicht zuletzt Zeit für andere, für direkte Organisationsformen zu schaffen. Viele wissen, wie viel bei einem Streik, und sei er auch nur an der Uni plötzlich geht, wenn die Leute allein schon mal die Zeit haben zusammensitzen und gemeinsam nachzuden-

wie wir das gemeinsam angehen wollen und warum wir die Zerstörung staatlicher Institutionen von daher unumgänglich finden, auch heute schon. Uns die Zeit nehmen, all dies so präzise wie möglich zu fassen. Statt unsere Message an irgendeine statistische Zielgruppe anzupassen sollten wir vielmehr versuchen unsere Ideen realen GesprächspartnerInnen verständlich zu machen. Unser Denken zu dynamisieren und zu lernen, uns zu bewegen, zu handeln statt zu dokumentieren – mehr in Verben zu denken, statt uns im Streit über Subjekte und Objekte zu verlieren. Um die Fragen lieben zu lernen, damit wir die falschen Antworten besser zurückweisen können. Vieles sieht danach aus, dass sich die sozialen Verhältnisse weiter verschärfen werden. Dabei wird die Frage, ob wir politisch auf Verelendung oder Aufklärung, Revolution oder Reform setzen täglich akademischer, denn weder die einen noch die anderen werden gefragt oder sind kräftemäßig in der Lage, die Kapitäne von Bord zu schmeißen oder den Kurs auf andere Art zu ändern. Mit Ausnahme derjenigen allerdings, die zwar noch wie Linke klingen, die den Rahmen der herrschenden Verhältnisse aber akzeptieren und bereit sind, zur Rettung des Kapitalismus aktiv beizutragen.

In nächster Zeit werden wir uns einige Vorschläge anhören müssen, die nicht anderes sind als »dasselbe in grün«. Weil wir doch »was tun« müssen, weil die Zeit drängt. Plötzlich soll die fortschreitende Zerstörung des Planeten ein Argument für den Fortbestand des Kapitalismus sein. Das ist derart absurd, dass wir tatsächlich an dieser Stelle gute Chancen sehen, den Rahmen der herrschenden Verwertungslogik selbst zu thematisieren und anzugreifen - und damit allgemein verstanden zu werden. Wir müssen niemanden mehr überzeugen, dass unsere Lebensweise schädlich ist. Und wir vermuten, dass gar nicht so wenige Leute bereit wären, Konsequenzen aus diesem Wissen zu ziehen! Wir brauchen keine ökologische Wende der Politik, sondern das Ende der Ökologie. Keine weiteren Verzögerungstechniken, um den Planeten noch ein bisschen länger ausplündern zu können, sondern ein Naturverständnis, das den Mensch auf die Erde, in die Welt zurückholt. Uns fehlt es am gemeinsamen Verstehen unserer Situation, von uns selbst in der Situation. Erst dieses kollektive, positionierte Verständnis der Misere kann zum Ausgangspunkt eines Aufbruchs daraus werden. Ob wir die Krise begrüßen oder befürchten ist nur insofern relevant, wie uns das selbst zum Handeln bringt oder in die Resignation.

Was also kann es sein, das uns heute zum Handeln bringt? Uns begeistern zur Zeit am meisten eine Reihe von Ideen, die um den Begriff des Aufstands kreisen. Es gibt dazu einige Texte, vor allem aus Frankreich und Italien, und zum anderen praktische Versuche, wie sie in der Revolte letzten Dezember in Griechenland, aber auch in anderen sozialen Kämpfen überall auf der Welt aufblitzen.

Es liegt uns fern, diese Kämpfe vereinnahmen zu wollen oder ein Ranking vorzunehmen. Wir behaupten nicht, dass die Kämpfenden eine gemeinsame Zielsetzung oder Theorie hätten. Dennoch: irgendwie können wir was damit anfangen, denn in all diesen Konflikten stoßen wir auf Leute, die keine Lust mehr haben, die alten Fehler zu machen, die keine neuen Führer mehr wollen oder einen anderen Staat. Die in Versammlungen und Räten entscheiden und ihre Stimme nicht mehr abgeben wollen. Manchmal sind diese Leute furchtbar in der Minderheit - und in den bürgerlichen Medien wird es immer danach aussehen - aber manchmal eben auch nicht. Wir finden, dass sich Positionen von Selbstorganisation, direkter Aktion und Solidarität heute an vielen Orten nicht mehr am Rande, sondern im Zentrum sozialer Bewegungen wiederfinden. Oft einfach deshalb, weil der ganze andere Quatsch von Regierungsparteien bis NGOs sich als Instrument der Befreiung selbst diskreditiert, sobald er die Möglichkeit hat, sich ein wenig zu entfalten. Leider ist die Situation vielerorts durch Kriege und autoritäre Regime so derbe, dass anscheinend nahezu jede Diskussion im Blut erstickt. Wenn die Gewalt ein gewisses Maß überschreitet, schweigen zwischen den Waffen eben nicht mehr nur die Musen.

Gruppen wie die Anarchists against the Wall in Israel/Palästina kämpfen irgendwie auf der Schwelle des Krieges, in der soziale Experimente fast unmöglich werden - und allein, was das heißt, ist in Europa schon kaum noch nachvollziehbar. Von Tragödien, wie sie sich in Konflikten wie Ruanda oder Tschetschenien abspielen ganz zu schweigen. Vielleicht wird unser Verständnis mit der erneut zunehmenden Militarisierung unserer eigenen Gesellschaften wachsen. Mit Urteilen über emanzipative Bewegungen in ausgewachsenen Kriegsgebieten sollten wir jedenfalls umso vorsichtiger sein, als die meisten von uns noch keinen Meter in den Mokkasins der Betroffenen zurückgelegt haben. Und das kann auch keiner wollen. Wie wir dennoch zusammenfinden können, ist eine verdammt knifflige aber nicht minder notwendige Auf-

gabe.

Wir schaffen es noch nicht wirklich, uns und die anderen in nicht-paternalistischer Weise zusammen in einer kämpferischen Perspektive zu denken. Beim Lesen von Texten aus bewegteren Zeiten fällt auf, dass Bewusstsein sich nicht linear fortentwickelt, sondern mit den Kämpfen steigt und fällt. Das fängt schon mit unserem Verhältnis zum Lernen an. Unser Problem ist nicht fehlendes Wissen, sondern fehlendes geteiltes Wissen. Und das umso mehr, als der Umbau der Gesellschaft entlang wirtschaftlicher Verwertbarkeit dieses Problem weiter verschärft. Wer hat neben dem Feilen am Lebenslauf schon noch Zeit für die Welt? Wir müssen eine gemeinsame Praxis zu entwickeln, in der wir die Erfahrungen der anderen anerkennen können und zugleich versuchen, punktuell vorzugreifen auf eine Welt, in der wir die allgemeine Zurechtweisung, die Domestizierung, den Pfad des Kolonialismus bereits verlassen haben. Und wir brauchen Orte, an denen wir ein solches Handeln ausprobieren können, überall und jeden Tag. Wir müssen Praxisformen entwickeln, die uns in Stand setzen, dauerhaft im Alltag zu agieren und spürbar anzugreifen. Aber darüber, wie wir uns wieder mehr Wissen und Fertigkeiten auf praktischem Gebiet aneignen, sollten wir unbedingt an anderer Stelle reden.

Die Initiative ergreifen

Erstmal können hierzulande mit dem Begriff Aufstand nicht viele was anfangen. Was nicht wirklich ein Wunder ist angesichts der vielen gescheiterten Versuche, sei es die Münchner Räterepublik oder 1918, vor allem aber gibt uns die deutsche Geschichte ein gesundes Misstrauen der Bevölkerung gegenüber mit auf den Weg. Nun kann aber die Auseinandersetzung mit dieser Geschichte Ohnmacht oder Tatendurst befördern. Die tödliche Kontinuität rassistischer Grundhaltungen in Rostock-Lichtenhagen und das Wiedererstarken faschistischer Banden kann zwar echt ganz schön deprimierend sein, als Argument gegen die Unkontrollierbarkeit sozialer Kämpfe gewendet ist es paradox. Es mag zwar alles andere als nahe liegend sein, heute in diesem Land an einen Aufstand zu denken, aber was ist die Alternative? So weiter wie bisher fällt aus, Öko-Faschismus auch, und über Kommunismus ohne Bevölkerung wollen wir nicht reden - von den meisten, die von so was gerade quatschen, wollen wir gar nicht erst wissen, wessen Diktatur sie da errichten wollen. Worauf wir hier real aufbauen können sind unsere selbstorgani-

ken, statt von der Verabredung zur Arbeit zur Veranstaltung und zurück zum Einkaufen und Kinder versorgen zu hetzen. Wenn die Kaufhalle von uns geplündert wird, können wir unsere Energie endlich mal auf was anderes konzentrieren als aufs Geld verdienen. Auch darauf, darüber nachzudenken, wie das Ganze mit dem Essen, Wohnen und Sachen erledigen anders organisiert werden kann als mit Lohnsklaverei und Privateigentum. Jedenfalls sollten wir uns von der Euphorie des Kampfes auf der Straße - meist ist es ja eher der Gedanke daran - nicht dazu verleiten lassen, zu denken, dass die direkte Konfrontation die Sache selbst ist. Sie ist der Beginn, und das ist großartig, aber damit fängt das Ganze eben immer erst an. Eine aufständische Situation kann entstehen, sie kann zugespitzt werden, schaffen kann man einen Aufstand nicht. Weil das Gären in

der Gesellschaft nicht kartographiert werden kann und auch nicht soll. Der Aufstand ist der praktische Abschied vom gesellschaftlichen Masterplan, eine Absage an Statistik und Risikokalkulation. Was aus einem Aufstand wird, liegt an uns allen. Ein Aufstand ist der Inbegriff einer offenen Situation. Die Herausforderung liegt vermutlich darin, die Geduld und Toleranz aufzubringen immer wieder ganz spezifische Antworten auf die Fragen zu finden, die ein Aufstand aufwirft, die aus dem Aufstand gewonnene Macht nicht dafür einzusetzen, die Bewegung zum Vorteil einer kleinen Gruppe auszubremsen.

Es ist unmöglich eine aufständische Situation von ihrem Ort zu lösen, ihre Elemente fein säuberlich zu abstrahieren, sie auf andere Situationen 1:1 zu übertragen. Ein Aufstand ist immer konkret. Die Situation in Griechenland

ist eine andere als die Situation in Frankreich, als die Situation in Deutschland, als die Situation überall anders. Uns hat ein Vorschlag sehr gut gefallen, sich den Aufstand nicht quantitativ vorzustellen, nicht wie ein sich ausbreitendes Virus, sondern entlang der Idee von Resonanz. Wie ein musikalisches Thema, das von verschiedenen Ohren gehört und doch verstanden werden kann, das spezifisch interpretiert und umgesetzt wird in viele Melodien, jeweils einzigartig und doch Teil des gleichen Stückes, der gleichen Abwendung von ewig gleichen Hänchen-Klein. Free Jazz im besten Sinne.

Reformgruppe der Reformgruppe Süd-Ost

Thesen zu den Bildungsprotesten 2009/2010

Diese Thesensammlung ist im Rahmen der Seminarwoche im März 2010 der Vernetzenden Organisation (VO) entstanden. Die VO ist ein Zusammenschluss von Gruppen, die in verschiedenen Städten an Universitäten und Hochschulen politisch arbeiten. Die Verschriftlichung dient als weitere Diskussionsgrundlage und ist eine grobe Zusammenfassung von Ergebnissen aus Kleingruppenarbeitsphasen. Der Text wurde von Einzelpersonen verfasst und noch nicht mit allen Teilnehmer_innen der VO diskutiert.

Ausgehend von einem allgemeinen Unmut über Form, Ablauf und Resultate der Proteste haben wir auf der Grundlage einer Analyse der positiven und negativen Aspekte des Protests Strategien für eine zukünftige Beteiligung an ähnlichen Aktivitäten erarbeitet.

GLIEDERUNG

1. Analyse

1.1 Kritik an den Protesten

- Zusammensetzung der aktiven Leute
- Form der Proteste
- Was steht dahinter?
- Einschätzung
- 1.2 Positive Punkte

2. Selbstkritik: Das Verhalten von linksradikalen Gruppen in den Protesten
3. Perspektiven und Strategien für die zukünftigen Proteste
- Vorbereitung
- Strategie
- Verhalten gegenüber den Protestierenden

1. Analyse

1.1 Kritik an den Protesten

Zusammensetzung der aktiven Leute

- * Beteiligung von vielen politisch unerfahrenen Leuten mit naivem Verständnis von Demokratie, die für alle und alles „offen sein“ wollten, auch in Richtung Mitte-Rechts
- * „Ich muss mit den Verantwortlichen reden und dann ändert sich alles“ war Tenor
- * bürgerliches Politikverständnis
- * oft wurden nur Positionen vertreten, die im Namen aller gelten -> repräsentativer Protest (daher relativ inhaltsleer)
- * Berührungspunkte mit linksradikalen Positionen
- * angehende Elite und wirtschaftlich privilegierte brauchen keine Kapitalismuskritik -> haben keine Utopien nötig
- * egoistische Interessensvertretung für den eigenen „Stand“ -> Lobbyarbeit

* -> „Die“ wollen und müssen die Welt nicht verändern

* Konsumhaltung

Form der Proteste

- * Drang nach Massenkompatibilität; Masse vor Inhalt
- * Ablehnung von politischen Positionen und Meinungen -> „Wertfreiheit“ wird propagiert
- * vordergründiges Ziel ist Konstruktivität
- * Zwei Sachen werden kombiniert, die nicht zusammen passen: die so genannte „Besetzung“ als autonome Praxis einerseits und die mit zentraler Steuerung durchgesetzte „Protestchoreographie“ andererseits
- * inhaltsleere Hülsen (z.B. selbstbestimmtes Leben, Demokratisierung, etc.) bestimmen die Inhalte

Was steht dahinter?

- * der „Bildungsstreik“ ist ein Top-Down-Modell, von oben aufgesetzt
- * Parteien sind systemimmanent (starke Beteiligung v.a. des SDS) und nutzen den Proteste für ihre systemimmanenten Ziele (v.a. Wahlkampf und Karriere)
- * Proteste sind vom Gedanken getragen, für alle sprechen zu müssen – so wird ein WIR konstruiert, dem sich alle unterordnen

müssen – dies führt zu Selbstdisziplinierung, Entmündigung und übermäßigen Fokus auf die Außenwirkung (niemanden abschrecken wollen etc.)

Einschätzung

- * dieser Protest schaffte trotz dem krampfhaften Versuch eine „Masse“ zu werden, keine kollektiven Strukturen, sondern blieb individualisiert
- * längerfristige Selbstaneignung/emanzipatorische Prozesse blieben häufig aus; mögliche Gründe:
 - Event-charakter
 - Alltag/Studium lief für viele „parallel“ weiter -> Streik und Studium als „Doppelbelastung“
 - fehlende Radikalität
 - thematischer Bezugsrahmen blieb meistens die Uni - es ging kaum über Bildungskritik darüber hinaus = keine Gesellschaftskritik
 - nach dem „Streik“ ging es einfach in den normalen Uni-Alltag zurück
- * Fehlinterpretation der eigenen Radikalität und darin der eigenen politischen Möglichkeiten: sich stark reden mit Worten (z.B. Streik, Besetzung, Bewegung), an deren eigentlicher inhaltlicher Dimension nicht einmal gekratzt wurde
- * der Bildungsprotest wurde radikal entpolitisiert und als objektive Notwendigkeit („es sieht doch jeder, dass es schlecht läuft an den Unis“) gegen „linke Ideologien“ in Stellung gebracht
- * es wurde kein echter Druck in der Politik aufgebaut, sie ging zuletzt nur auf die studentischen Forderungen ein, weil sich die darin artikulierten Interessen nach besserer Verwertbarkeit und höherer Konkurrenzfähigkeit mit den Zielen der etablierten Parteipolitik deckt

1.2 Positive Punkte:

- * es hat grundlegende emanzipatorische Prozesse gegeben, z.B.:
 - Grenzüberschreitungen
 - aufgebrochener Alltag
 - nicht vorstrukturierte / unbekannte Situationen
 - freie Zeit als Notwendigkeit für (Selbst-)Reflexion
- * Interessierte Leute (auch Gemäßigte) kommen zusammen und eignen sich Räume an
- * Selbstlernanteil war in Bezug auf Selbstorganisation für Einzelne hoch
- * Wenigstens einzelne Personen sind auch jetzt noch aktiv (Anschluss an Politgruppen, Erfahrungshorizonte erweitert)
- * kleinere Kerne der Bildungsproteste bleiben bestehen und wollen kontinuierlicher zum Thema Bildungspolitik arbeiten

2. Selbstkritik: Das Verhalten von linksradikalen Gruppen in den Protesten

- * fehlende langfristige Auseinandersetzung und eigene Positionierung von Linksradikalen mit dem Thema ; daher keine Einbindung in längere Konzepte
- * Es gab zwei Formen der Isolierung:
 - a) Leute und Gruppen halten sich völlig raus (es gibt auch kaum noch linksradikale organisierte Gruppen für Hochschulpolitik)
 - b) Leute, die sich einbringen, ließen sich von der Eigendynamik mitreißen und haben sich dem WIR Gefühl untergeordnet oder aber, sie wollten den Protest auf Biegen und Brechen in allen Facetten dominieren, damit nichts „falsch“ läuft
- * Ihnen fehlte eine gemeinsame linksradikale Strategie und sie gerieten dadurch in Auseinandersetzung mit dem Plenum in eine Kritiker_innen und Nörgler_innen-rolle
- * Parteijünger_innen und Politmacker_innen sind wir angegangen, ohne den (neuen) Leuten unsere dahinter stehende Kritik zu erklären -> Unverständnis seitens der „Neuen“

3. Perspektiven und Strategien für die zukünftigen Proteste

Vorbereitung

- * es macht weiterhin politisch keinen Sinn, mit dem Label „Bildungsstreik“ zu arbeiten
- * der Fokus liegt auf einem eigenem Ansatz: was wollen WIR eigentlich erreichen?
- * eigene Strategie entwickeln, konkrete Ziele formulieren und das durchziehen
- * sich nicht von der Dynamik umwerfen lassen
- * von Anfang an intervenieren, um Impulse zu geben
- * gezielter intervenieren und nicht überall gleichzeitig sein wollen = weniger machen und mehr erreichen damit (kein Eventhopping)
- * einzelne Themen herausgreifen und dazu kontinuierlich und konsequent arbeiten
- * merke: wir sind nicht der Protest, sondern nur ein Teil darin
- * Idee: Schreiben einer Art Handbuch: Studierenden-Proteste aus linksradikaler Perspektive
- * Workshops zu linksradikalen Themen und Protestformen anbieten

Strategie

- * linksradikale Akzente setzen durch Basisarbeit v.a. für Erstsemester_innen, die andere Vorstellungen vom Studieren und Leben haben als der Mainstream

- * autonome Ansätze einbringen! In kleinen Gruppen zusammentun und agieren, Aktionen starten, nicht auf jedes Plenum rennen. Grundhaltung: wir machen unser eigenes Ding und versuchen nicht, das Bestehende in eine Richtung zu drücken
- * Nicht den Konsens / Kompromiss mit allen Beteiligten suchen und dabei eigene Positionen und Aktionsformen aufgeben, sondern diese transparent machen und anderen anbieten
- * Angebote schaffen, die die Notwendigkeit kontinuierlicher Arbeit / Organisation über die Events hinaus deutlich und möglich machen (anstatt die Events mit durchzustylen)
- * Doppelstrategie: realpolitische Nahziele und langfristige Politisierung verbinden
- * Dezentralisierung nicht nur geographisch begreifen, sondern auf soziale Beziehungen bezogen, d.h. Proteste da äußern, wo sie entstehen (Fachbereich, Studiengang, Institut etc.) Dadurch Selbstisolation vermeiden.
- * andere Strategien zur Event-„besetzung“ entwickeln
- * Plenumsstrukturen nicht als alleiniges, zentrales Entscheidungsgremium ansehen, d.h. die Diktatur des studentischen Zwangskollektivs im Protestplenum durchbrechen
- * Dynamik von Protesten nicht verpuffen lassen
- * Radikalisierung: Alltag aufbrechen, Grenzen überschreiten, Konfrontationen suchen
- * der Fokus liegt auf der Basisarbeit vor Ort, daher macht es keinen Sinn, sich in bundesweiten Strukturen einzubringen

Verhalten gegenüber den Protestierenden

- * nicht immer alles vorgeben und sich einmischen, sondern als Ansprechpartner da sein wenn Fragen aufkommen und Unterstützung geben
- * Anregungen geben
- * Pluralität von Initiativen unterstützen: kleine Gruppen arbeiten zu einzelnen Themen oder Aufgaben
- * zulassen, dass andere Leute Fehler machen! Sie lernen daraus...
- * Einige Erfahrungen müssen selbst gemacht werden, z.B. Reden mit Repräsentanten, Rektor etc. (-> Stellvertreterpolitik ist doof); Pressearbeit
- * kurze Zeit nach der Aktionswoche Veranstaltung organisieren, um Leute aufzufangen

Warum WIDERSTAND WIRKT - ODER FÜR MEHR SACHZWANGSCHÄDEN...

Das GW3 trotz dem Bagger

noch eine autonome Gruppe (Bremen)



Das GW3 ist die kleine bunte Hütte, welche 2004 nach dem großen Streik an der Uni gebaut worden ist: „Aus Raumnot entstanden, um Protestzeichen zu setzen und Wünsche zu verwirklichen.“ Als die Bauarbeiten der millionenteuren zweiten Glashalle anstanden, musste das GW3 Hals über Kopf umgesetzt werden und bekam einen neuen Platz auf der Wiese am Mensasee.

Das GW3 ist ein Ort, der Platz für eigene Gedanken und Ideen schafft, der als Treff- und Infopunkt dient und Ruhe vom alltäglichen Unistress bietet. Es ist der letzte selbstorganisierte Freiraum und stellt eine Gegenrealität zur „gleichgeschalteten“ Uni dar. Das GW3 ist nicht nur ein Ort für alle, die Lust haben selbstbestimmt etwas zu machen, sondern auch der Versuch, uns den ganzen zwanghaften Strukturen in unserem Alltag an der Uni entgegenzustellen. Die Stelle, an der sich die kleine Hütte zuletzt befand, ist darüber hinaus keine von der Uni gnädig zur Verfügung gestellte. Im Gegenteil, wir Studierenden haben uns diesen Freiraum explizit

selbst genommen.

Doch die Idylle am See währte nur solange, bis der Unileitung und dem ehemaligen Wirtschaftssenator Ralf Nagel (Wirtschaftsförderung Bremen; WFB) die hirnrissige Idee in den Kopf schoss, das letzte Stück Uni-Wildnis in einen knapp eine Million teuren Campuspark einzustampfen um so mit diesem akkurat angelegten, „gesamtkünstlerischen Projekt“ wohl nicht nur einen Garten für die neue private Wohnresidenz eines englischen Investors anzulegen, sondern vielmehr war erklärtes Ziel die Aufwertung des Technologieparks - Immer her mit den Drittmitteln! Und das Bedürfnis der Studierenden nach Platz für ein Seminar im Freien wird anbei befriedet. Hier zeigt sich einmal mehr die so häufig von der Unileitung angewandte Methode der Tatsachenverdrehung: Sie stellt ihre eigenen Interessen so dar, als würden sie den der Studierenden entsprechen, was im Falle des Campusparks absolut nicht der Fall war.

Das bis dahin geduldete GW3 sollte also diesem Park weichen.

Verhandlungskrämpfe – Reclaim the campus(park)

Die GW3 Initiative beschloss jedoch, der Aufforderung zur Räumung nicht nachzugehen, sondern stattdessen eine Drohkulisse auf dem Campus zu erzeugen um damit gestärkt in die Verhandlungen zu treten. Die Verhandlungskrämpfe waren schleppend, langwierig und vor allem aber zeigten sie wie wenig die Unileitung doch von der Idee des Freiraums GW3 verstanden hatte. Weitere Details würden diesen Text in eine Ansammlung von bürokratischen Verrenkungen und angeblichen finanziellen Sachzwängen verwandeln.

Am Ende gingen die Verhandlungen zwar nicht so aus, wie wir es erwartet hatten, dennoch konnte dem Rektorat so einiges abgerungen werden was garantiert nicht spurlos an ihnen vorbei gehen wird. Vor allem hinsichtlich des ablehnend-bornierten Verhaltens der Unileitung angesichts der emanzipatorischen Ansprüche einiger Studierender auf ein selbstbestimmtes Leben und Lernen.

Anscheinend werden die paar bunten Wände in der grauen Campus-Tristesse und die noch viel farbenfrohere Perspektive eines neuen GW3s nicht von allen mit gleicher Freude wahrgenommen zu werden. So schreibt unser lieber Freund, Listenführer der Hochschulgruppe AfA, Vorsitzender der Jusos Bremen Stadt und Mitglied in der StudiVZ Gruppe „Brennt das GW3 nieder“ : „ (...) und was ich einfach ungerecht finde, ist, dass es leute gibt, die sich im stuga o.ä. mit großem zeit- und nervenaufwand engagieren, nur um z.b. irgendeine unsinnige passage ihrer prüfungsordnung für sich und ihre kommilitonen zu ändern - und andere leute begehen einfach massiv sachbeschädigung und kriegen dafür auch noch 5000 Euro (Falk Wagner schrieb am 10.01.2010 um 13:41 Uhr).“

Wir unterstützen die studentische Arbeit in den Gremien, sehen uns aber aufgrund deren Repression und der daraus resultierenden Erfolglosigkeit gezwungen, die Aktionsformen studentischen Widerstands zu erweitern, um so noch mehr zu erreichen. Die Uni hat Angst

bekommen, woraus wir den Schluss ziehen, den wir mit allen teilen möchten: Widerstand wirkt!

Von 17 Stockwerke und Schwindel erregenden Türmen – Die Neubauplanung

Bevor die Bagger das GW3 überrollen konnten, nahmen wir den Abbau lieber selbst in die Hand. An einem sonnig-kalten Januartag haben wir schließlich in einer großen Gemeinschaftsaktion die alte Hütte abgebaut und jegliches, noch brauchbares Material zwischengelagert.

Seitdem laufen die Planungen für den Neubau auf Hochtouren. Unsere Phantasie übersprang sämtliche Grenzen und so schwebten Vorstellungen von falltürmüberragenden Hochhäusern, Dachterrassen, Tiefgaragen, Minaretten und Türmen im Raum. Eines war jedoch klar: größer würde es werden, so wet-



terfest, das eine ganzjährige Nutzung möglich sein würde und vor allem so stabil und resistent, dass es der Unirealität noch sehr lange Kontra bieten wird. Denn auch wenn ein Teil des Baumaterials nun von der Uni mitfinanziert wird, bleibt das letzte Stückchen subversive Gegenrealität nicht nur erhalten, sondern wird sogar vergrößert. Die Bau-AG bekam großartige Zimmer-



mannunterstützung und so wurde in der vorlesungsfreien Zeit ein Bauplan für die neue Hütte kreiert. Ein Lehmfachwerkhaus mit zwei Etagen und Dachterrassenveranda wird in Zukunft den beiden charakterlosen Glasbauten der Uni gegenüberstehen. Mit viel Platz für Vokü, eigenen Veranstaltungen, um kreativ zu sein oder einfach zu entspannen jenseits des Unitrotz.

Die K(r)ämpfe gehen weiter

Ursprünglich wollten wir all dies schon zu Beginn des Sommersemesters zur (Gegen)realität werden lassen, jedoch haben andauernder Bodenfrosts und ein blockierendes Verhalten der Unileitung diese Pläne in viel zu weite Ferne geschoben. Absprachen werden nicht eingehalten, die Bauarbeiten starteten nicht dort wo es abgesprochen war, damit wir schnell anfangen können zu bauen. Unserer zwei-Etagen-Projekt beugt die Uni mit Skepsis, so groß ist die Angst vor Behörden und davor zu öffentlichen an den

Grenzen der Legalität zu kratzen. Wir sind frustriert unsere neue Hütte schon in den Kinderschuhen vehement verteidigen zu müssen – gegen leere Argumente.

Doch wir werden uns von nichts und niemanden davon abhalten lassen, so schnell wie nur möglich eine neue Hütte zu bauen, denn schon viel zu lange fehlt dieser Freiraum an der Uni.

Wir werden der Uni den Park nicht kampflos überlassen: Gebt nicht auf, besucht den Kanzler, macht Randalen – wir wollen bauen, um uns endlich dem widmen zu können, für was wir so unermüdlich kämpfen: einen neuen selbstorganisierten, emanzipatorischen Freiraum auf dem Campus!

Der K(r)ampf geht weiter und wir können für nichts garantieren!

In diesem Sinne ...
für mehr Sachzwangschäden

www.gw3.allesfüralle.de

Kritische Lehrer_innen als Buch

Krile (Berlin)

Ab Mai/Juni 2010 ist der Reader über die Kritische Lehrer_innen zu haben. Darin findet ihr 17 Essays zu Themen aus vier Jahren Kritische Lehrer_innen wie „Notenkritik“, „Heteronormativität“, „Schulamok“, „Griechische Revolte“, „Anarchismus und Pädagogik“,

„aktuelle Berufsverbote“ oder „Gender und Sport“.

Der Reader ist ansprechend gestaltet und hat 80-90 Seiten, enthält außerdem noch einen Reflexionsteil, Bilder und Buchtips. Der Reader selbst ist ein Lernprozess und der

Versuch, die Prozesse der Gruppe anderen zugänglich zu machen. Er ist kostenlos.

Bestellen könnt ihr ihn auch gerne mehrfach bei: kritischeLehrerInnen@web.de.

Habt ihr noch Helme im Keller?

Bremen ,80: Von militanten Aufbrüchen und antimilitaristischem Widerstand - Ein Rückblick, um wieder nach vorne zu schauen.

AG 6. Mai, (Bremen

Am 6. Mai 1980 wurde der 25. Jahrestag des Natobeitritts der BRD mit einem öffentlichen Rekrutengelöbnis im Bremer Weserstadion gefeiert. Es kam zu breiten Protesten und vehementem militanten Widerstand, die dieses Ereignis zu einem Schlüsselmoment Bremer wie bundesweiter außerparlamentarischer Politik werden ließen. Zum 30. Jahrestag der „Schlacht am Osterdeich“ findet vom 3. bis zum 11. Mai eine Veranstaltungsreihe in Bremen statt.

Mit einem Blick zurück wollen wir dabei auf die Hochphase der Antikriegsbewegung und zu den Anfängen einer undogmatischen, autonomen Bewegung zurückschauen. Damit wollen wir zur Aneignung unserer eigenen Widerstandsgeschichte beitragen. Jenseits von Mythenbildung und idealisierung, wollen wir so zur (Wieder)Aneignung unserer eigenen, linksradikalen Widerstandsgeschichte beitragen. Mit einem weiteren Blick, diesmal nach vorne, wollen wir deshalb die Brücke ins Jahr 2010 und darüber hinaus schlagen. Deutschland ist wieder im Krieg und Bremen einer der wichtigsten nationalen Rüstungsstandorte. Autonome und linksradikale Politik ist derweil schon lange in der Defensive, auch wenn in jüngster Zeit hier und da Gegendendenzen auszumachen sind. Im Wissen

um unsere kollektive Geschichte und Erfahrungen wollen wir daher einen Anknüpfungspunkt schaffen, um über unsere Motivationen, unsere Strategien, unsere Organisation und unsere Aktionsformen zu streiten.

Aber wir wollen doch auch ein wenig feiern. Feiern, daß es trotz dreißig und mehr Jahren der Repression, trotz einem scheinbaren Ende der Geschichte und in Zeiten der gefühlten Ohnmacht immer noch Menschen gibt, die sich nicht abfinden und klein kriegen lassen, die widerständig waren, sind und bleiben, die nicht aufgeben für ihre Utopie einer solidarischen und herrschaftsfreien Welt zu leben und zu kämpfen.

Macht das Brett vor eurem Kopf zur Waffe!



Montag, 3. Mai 2010

STÖRMANÖVER

19:00h, Paradox

autonomer Antimilitarismus heute - Strategien gegen die Militarisierung der Gesellschaft - ausbau zivil-militärischer zusammenarbeit, bundeswehr im inneren, aufbau einer neuen europäischen sicherheitsarchitektur, kriegwiderstand! Referentinnen verschiedener aktueller kampagnen und initiativen gegen krieg und militarismus stellen ihre arbeit vor; anschließend: (podiums)Diskussion zu den Perspektiven antimilitaristischer politik in der gegenwart.

Dienstag, 4. Mai 2010

UNTERM PFLASTER LAG DER WESERSTRAND (Teil 1)

19:00h, Paradox

Die Schlacht am Osterdeich - Über die gesellschaftspolitische „Großwetterlage“ und die Situation der damaligen linken Szene in Bremen. Motivation, Strategie, Bündnisse und die Ereignisse des 6. Mai 1980.

Eine Gesprächsrunde von, mit und für alte & junge Linksradikale und solche, die es mal waren oder noch werden wollen.

Mittwoch, 5. Mai 2010

MORDSMÄßIG PRODUKTIV: BREMEN UND DER KRIEG IM 21. Jahrhundert

20:00h, Infoladen

Das kleinste Bundesland ist einer der größten Rüstungsstandorte der BRD - mit internationaler Bedeutung. Firmen wie EADS, Atlas,



Rheinmetall oder OHB produzieren für aktuelle und kommende Kriege, für die weltweit intervenierende Bundeswehr und die militarisierte Flüchtlingsabwehr. Dazu gibt es viele Details und Hintergründe von Lühr Henken und Vertreter_innen des Bremer Bündnis gegen FRONTEX.

Donnerstag, 6. Mai 2010
KONZERT MIT STROM UND WASSER
20:00h, Paradox

Die Band um Totalverweigerer Heinz Ratz spielte eine fröhliche apokalyptische Mischung aus Samba und Punk, Walzer und Rock, Tango und Ska gemischt mit tiefschwarzem Humor, der den Blick hinter die polierten Fassaden unserer Gesellschaft wirft.

Samstag, 8. Mai 2010
KONZERT MIT CONEXION MUSICAL + Feuerchen

20:00h, Wagenplatz Querlenker
unkommerzieller Hip-Hop mit guten Texten + Vokü & bewegende Bilder von damals

Montag, 10. Mai 2010
AUFRUHR WIDERSTAND ES GIBT KEIN RUHIGES UNILAND

19:00h, Uni Bremen, Neues GW3
Nach den Ereignissen des 6. Mai 1980 befand der Bremer Polizeipräsident in einer



Brandrede zu Sicherheitslage der Stadt, daß mit dem „Naturschutzpark Universität“ ein rechtsstaatlicher Freiraum entstanden sei, in dem sich linke Minderheiten - vor Überwachungs- und Zugriffsmaßnahmen durch Polizei und VS geschützt - immer weiter radikalisierten.

Diese Polemiken positiv wendend wollen wir uns von ehemaligen Profs, Wimis und Studis von Theorie und Praxis der Bremer Reformuni berichten lassen und fragen, welche Rolle und Bedeutung sie in der Stadt für linke Politik, Kampagnen und auch Ereignisse wie den 6. Mai, 80 hatte.

Dienstag, 11. Mai 2010
UNTERM PFLASTER LAG DER WESERSTRAND (Teil 2)

19:00h, Paradox
Geburtsstunde von was? - Über den Wandel und die Entwicklung linksradikaler Politik

und Kämpfe Anfang der 80er in Bremen und darüber hinaus, über das Konzept von Autonomie und die Unbeständigkeit und Kontinuität autonomer Politik. Eine Gesprächsrunde von, mit und für alte & junge Linksradikale und solche, die es mal waren oder noch werden wollen.

Veranstaltet von der AG 6. Mai 1980.

In Kooperation mit: Anares, AStA Uni Bremen, endofroad, Freizi Friesenstraße e.V., Infoladen Bremen, La Rage, Meßstelle für Arbeits- und Umweltschutz Bremen, Kommunikationszentrum Paradox, planlos, Rosa Luxemburg Initiative Bremen, Sielwallhaus und noch einer autonomen Gruppe.



SEID SAND IM GETRIEBE DER WELT!